

Wöchentlich 55 Pf., monatlich 1,60 Pf. Im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 Pf. einschließlich 60 Pf. Postfranchise- und 72 Pf. Postbetriebsgebühren. Auslandabonnements 4.— Pf. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags einmal, die Sonntags- und Feiertagsausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Feuilletons, „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Zukunft“, „Augen-Bildnisse“ und „Stadtrevue“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konspiration des 12. November, Kollaboration des Reichsmarschalls „Kleine Anzeigen“ des städtischen Wort 25 Pfennig (täglich zwei Seiten), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Einmalige des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Wort über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Erdbebenliste Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8^{1/2} bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Herausgeber: Dönhofs 298-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 596. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Tel. N. u. D. -Bez., Depesitenl., Jerusalemstr. 65/66.

Recht, nicht Gewalt!

Gegen Brunnenvergifter und Brandstifter diesseits und jenseits!

Schon am 18. November ist die deutsche Reichsregierung an dieser Stelle aufgefordert worden, sich der unterdrückten und mißhandelten deutschen Minderheit in Ostoberschlesien anzunehmen. An jenem Tage war hier zu lesen:

Wir erwarten die Unterstützung der gesamten deutschen Presse, wenn wir heute von der Reichsregierung fordern, daß sie die politische Entrechtung der Deutschen in Ostoberschlesien vor dem Forum des Völkerbundes zur Sprache bringt. Dazu ist sie berechtigt und verpflichtet, denn die Entente hat seinerzeit der Abtretung deutschsprachiger Volksanteile an Polen nur unter der Bedingung eines besonderen Minoritätenschutzes zugestimmt. Dieser Schutz ist jedoch gründlich verletzt worden.

Ganz in der Richtung der von uns geforderten Aktion scheint uns eine Interpellation des Zentrums zu liegen, die jedoch von Herrn Miksa im Reichstag eingebracht worden ist. Sie lautet:

„In den letzten Wochen hat die Hege polnischer Kreise gegen die deutschen Minderheiten in Ostoberschlesien in erschreckendem Maße zugenommen und sich zu unerhörten Terrorakten gesteigert, ohne daß wirksame Gegenmaßnahmen der polnischen Regierung sichtbar geworden sind. Die Bedrohung der bedrückten deutschen Minderheiten ist bis zum äußersten gestiegen und die Empörung über das Verhalten Polens gegen Deutsche, das eine schwere Verletzung des Völkerrechts und eine Verletzung der durch Verträge verbrieften Rechte in sich schließt, ist im deutschen Volke ungeheuer groß.“

Wir fragen die deutsche Reichsregierung an, was sie gegenüber den oben erwähnten Vorgängen unternommen hat bzw. noch zu tun gedenkt, um dem schwer verletzten deutschen Volkstum Genugtuung zu verschaffen und der Verletzung der deutschen Minderheit in Polen vorzubeugen.

Man kann von dieser Zentrums-Interpellation sagen, daß sie in Ton und Inhalt das Richtige trifft. Der Schritt, den sie verlangt, kann nach der gegebenen völkerrechtlichen Situation eben nur ein Schritt beim Völkerbund sein. Wenn die deutsche Regierung die Sache der unterdrückten Deutschen Ostoberschlesiens vor dem Forum der Welt so nachdrücklich und wirksam wie nur möglich vertritt, wird sie dabei alle besonnenen und rechtlebenden Elemente des deutschen Volkes hinter sich haben.

Mit Recht hebt die Interpellation auch hervor, daß die Erregung über die Vorgänge in Ostoberschlesien sehr groß ist. Um diese Erregung zu begreifen, müssen sich die Polen nur ihrer eigenen Vergangenheit erinnern. Das Unrecht, das ihnen in einem der drei Aufstellungsgebiete widerfuhr, haben sie in den anderen Gebieten mitempfunden — und so können eben auch die Deutschen diesseits der Grenze nicht gleichgültig bleiben gegenüber dem, was den Deutschen jenseits der Grenze widerfährt.

Aufgabe aller verantwortlicher Politiker ist es, dafür zu sorgen, daß in der berechtigten Erregung die Vernunft nicht untergeht. Schon machen sich in manchen Kreisen Anzeichen eines gemeingefährlichen Irrsinnus bemerkbar. Einige Zeitungen, denen die deutsche Wirtschaft offenbar noch viel zu gut geht, und die meinen, daß wir noch viel zu viel Kredit im Ausland haben, schwähen von einem bevorstehenden Krieg! Akademische Heldenjünglinge werfen sich in die Brust und deklarieren von einem „Einsehen des Heeres zur Verteidigung des Reiches“. So der Deutsche Hochschulring, die Deutschnationale Studentenschaft, der Nationalsozialistische Studentenbund, der Stahlhelm-Studentenring. Ein deutschnationales Blatt in Opatowitz will deutsches Reichsgebiet „von asiatischen Horden befreien“. Und die Nationalsozialisten bringen im Reichstag einen Antrag ein, ein besonderes 100 000-Mann-Heer „zur Abwehr polnischer Uebergriffe längs der deutsch-polnischen Grenze aufzustellen“.

Das alles ist Irrsinn und Ausnutzung von Irrsinn zu Parteizwecken.

Die Mißhandlungen, die den Deutschen in Ostoberschlesien widerfahren und die mittlerweile eingestellt worden sind, waren allerdings so schlimm, daß sie mit den schlimmsten Vorgängen in Südtirol verglichen werden können. Wir bekämpfen die Unterdrückung hier wie dort. Aber bei denen, die zu Mussolini wallfahrten, scheint uns die Entrüstung über Bissubissi nicht ganz echt. Auch können wir uns nicht in gleichen Gefühlen mit jenen vereinigten, die nur dann entrüstet sind, wenn andere prügeln und Fenster einwerfen. Solche „asiatische Horden“ — die sich selber für urgermanisch

Besprechungen mit Brüning

Noch nicht abgeschlossen. — Heute Fortsetzung.

Der Reichsminister empfing am Mittwoch die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitscheid, Dr. Hilferding und Dr. Herz zwecks Fortsetzung der am Montag begonnenen Besprechungen über die Abänderung der Notverordnung vom 26. Juli und des Finanzprogramms der Regierung. Die Besprechungen wurden noch nicht abgeschlossen. Sie werden voraussichtlich am Donnerstag fortgesetzt und zu Ende geführt werden.

Im Verlauf der bisher mit der Sozialdemokratie geführten Besprechungen ließ die Regierung den ernststen Willen zur Durchsetzung ihres Finanzprogramms auf parlamentarischem Wege erkennen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen

Reichstagsfraktion wird sich am Donnerstag mit der politisch-parlamentarischen Lage befassen.

Das Reichskabinett berät.

Die Protestnote gegen die polnischen Terrorakte.

Das Reichskabinett trat am Mittwoch abend um 1/9 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der die deutsche Note an den Völkerbund wegen der Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien besprochen wurde. Der Note liegt das umfangreiche Material zugrunde, das der deutsche Generalkonsul von Grünau der Reichsregierung übermittelt hat. Auch über die Frage, ob eine außerordentliche Ratstagung verlangt werden soll, wurde beraten. Das Ergebnis liegt bei Redaktionschluss noch nicht vor.

Die Affäre Oberschlesien.

Warschauer Weißwaschung.

Warschau, 26. November.

Das polnische Innenministerium hat der amtlichen polnischen Telegraphenagentur folgende Darstellung der letzten Ereignisse in Ostoberschlesien gegeben. (Unterstreichungen von uns gemacht. Red. d. „V.“)

Die Behörden haben Ruhe und Wahlfriede sowohl in der Vormahlperiode wie auch am Tage der Wahl zum Senat und zum schlesischen Sejm gewährleistet. Die Ruhe wurde nur in einigen Ortschaften wegen allzu lebhafter Wahlagitatorien gestört. Am erheblichsten ist der ruhige Wahlverlauf durch herausforderndes Auftreten des schon seit einer Reihe von Jahren durch seine Heftigkeit bekannten Harßinger (evangelischer Pfarrer in Golaszowiz, Red. d. „V.“) gestört worden, auf Grund dessen durch einen deutschen Stoßtrupp der Polizeifunktionär Schnapka im Augenblick, da er seiner Dienstpflicht nachkam, ermordet wurde. Ueberdies sind noch drei polnische Bürger deutscher Nationalität geschlagen und einige Lokale in Hohenbirken zerstört worden. Endlich ist der polnische Arbeiter Stellmach in Komowiz getötet worden.

Entgegen den tendenziös verbreiteten Nachrichten hat kein polnischer Bürger deutscher Nationalität das Leben verloren. Auch kam es mit Ausnahme der oben genannten Fälle zu keinen ernstlichen, den Wahlverlauf störenden Zwischenfällen. In allen festgestellten Fällen einer Ruhestörung ist eine sofortige Untersuchung eingeleitet worden, sowohl gegenüber den Ruhestörern als auch gegenüber den Behörden, denen es obliegt, die Ruhe zu sichern. Bis zum gegenwärtigen Augenblick wurden im Zusammenhang mit diesen Zwischenfällen schon mehrere Personen verhaftet. Unabhängig davon führen die Polizeibehörden in einigen geringfügigeren Vorfällen wie Einschlagen von Scheiben, Schädigerien bei Versammlungen usw. Untersuchungen, um die Schuldigen zu entdecken und zu bestrafen.

Bei dieser Gelegenheit kann die Feststellung nicht umgangen werden, daß

die Aufgabe der Behörden durch einen verkehrswidrigen Feldzug gewisser Organe der Auslandspresse planmäßig erschwert

wird, die es sich augenscheinlich zum Ziel gesetzt haben, zwischen Deutschland und Polen ständig zu hegen und sogar die allerheftigsten Zwischenfälle zum Schaden des friedlichen Zusammenlebens der dortigen (ostoberschlesischen) Bevölkerung ins Ungeheure zu vergrößern. Gleichzeitig kann man nicht umhin, die Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß die polnische Bevölkerung seit einer gewissen Zeit alarmiert ist durch die revisionistische Kampagne gewisser deutscher Faktoren sowie durch die Nachrichten über das Schicksal der polnischen Bevölkerung jenseits der Grenze, wo letzthin Ueberfälle von Stoßtrupps auf die polnische Bevölkerung und Zerstörung von Schulen und Wohnungen stattgefunden haben.

Die deutsche Darstellung.

Beuthen, 26. November.

Die inzwischen angestellten Ermittlungen über die Vorgänge in Golaszowiz haben folgendes Ergebnis gehabt: Am

ausgehen — trifft man leider auf deutschem Kulturboden allzu häufig. Wir halten es also für unsere Pflicht und Schuldigkeit, meilenweit von denen abzurücken und diejenigen als Schädlinge zu brandmarken, die die ekelergregenden Prügeleien in Ostoberschlesien zu einer mörderischen Prügelei im Weltmaßstab erweitern möchten.

Diesem Treiben fehlt zwar die Kraft, den Weltfrieden

Sonnabend, dem 22. d. M., zwischen 1 und 2 Uhr mittags, erschien in Golaszowiz das dem Golarer Gasthausbesitzer Broch gehörige Lastauto mit etwa 25 teilweise uniformierten und bewaffneten Aufständischen, die unmittelbar nach ihrer Ankunft den zufällig aus dem Pfarrhaus heraustretenden Organisten Rigalle überfielen. Rigalle flüchtete in das nahegelegene evangelische Gemeindehaus.

Die Aufständischen folgten ihm dorthin nach, ergriffen und mißhandelten ihn und verlangten die Herausgabe der deutschen Wahlzettel.

Im Zusammenhang damit nahmen sie eine Durchsuchung der Räume des Gemeindehauses vor und drangen auch in das nächste Stockwerk ein, wo sich die deutsche Minderheitsschule befindet, in der gerade Unterricht abgehalten wurde. Infolge des Tumultes brach unter den Schulkindern eine Panik aus. Schließlich verließen die Aufständischen das Gebäude, nachdem sie dem Organisten Rigalle im Beisein der Lehrerin Fuhs gedroht hatten, daß sie zurückkommen und das ganze Gebäude in die Luft sprengen würden.

Sie verteilten sich dann über das Dorf, wo sie ebenfalls noch vereinzelt Mißhandlungen vornahmen, beispielsweise den Landwirt Wlodek zwingen, mit erhobener Hand zu schwören, daß er bei den Wahlen für die Regierungspartei stimmen werde.

Inzwischen hatte der evangelische Ortsgeistliche Harßinger, der die Vorgänge im Gemeindehaus beobachtet hatte,

zu wiederholten Malen versucht, die nur wenige hundert Meter entfernte Polizeiwache zu alarmieren, die sich jedoch nicht meldete.

Dem Organisten Rigalle war es indes gelungen, die Wache zu erreichen, wo er die Vorfälle dem Polizeipostkommandanten zu Protokoll gab. Dieser war während der ganzen Ausschreitung auf der Wache gewesen, hatte jedoch weder sich zum Einschreiten bewegen gefühlt, noch sich auf den telephonischen Anruf des Pfarrers gemeldet. Ein Teil der Gemeindeglieder, darunter die Mehrheit der Gemeinderäte, hatten sich bald nach diesen Vorgängen zusammengefunden, um zu beraten, was im Falle des von den Aufständischen angedrohten nochmaligen Angriffs auf das Gemeindehaus zu unternehmen sei.

Im Anschluß hieran begaben sie sich zu dem Gemeindevorsteher Dolocht, um auch mit ihm eventuelle Sicherheitsmaßnahmen zu besprechen. Dolocht, der selbst dem Aufständischen-Verbande angehört, verhielt sich indes völlig passiv.

Der Ortsgeistliche Harßinger hat an diesen Besprechungen nicht teilgenommen.

Gegen 9 Uhr abends sind die Aufständischen nach Golaszowiz zurückgekommen; gleich darauf wurden die Fenster Scheiben

ernstlich zu gefährden, aber es ist geeignet, die Sache des deutschen Volkes und insbesondere auch die Aktion Deutschlands beim Völkerbund aufs schwerste zu schädigen. Wer dem deutschen Volke ehrlich dienen will, der kann mit Brunnenvergiftern und Brandstiftern, auf welcher Seite der Grenze sie immer sich befinden mögen, nichts zu tun haben wollen.

Im Gemeindefaust von allen Seiten eingeschlagen. Die Bewohner des Hauses schlugen Alarm, um Hilfe zu erhalten, und der Küster begann die Kirchenglocken zu läuten. Der Ortsgeistliche Harfingler begab sich daraufhin zum Gemeindefaust, um sich die Beschädigungen anzusehen und die aufgeregte Menge zu beruhigen. Auch diesmal blieb die Ortspolizei unsichtbar. Harfingler begab sich deshalb ins Pfarrhaus zurück, um die Polizeistation anzurufen, die aber wiederum nicht antwortete.

Kurz nach 10 Uhr abends erschollen dann vom Gemeindefaust her neue Schreie und Hilferufe.

Die den Pastor, der sich bereits niedergelegt hatte, veranlaßten, nach den Ursachen zu forschen. Was sich draußen in der Dunkelheit abspielte, ist im einzelnen noch nicht aufgeklärt. Fest steht jedenfalls nach zahlreichen Zeugnisaussagen,

daß die Dorfbewohner nochmals von den Aufständischen überfallen worden sind und sich schließlich in ihrer Verzweiflung zur Wehr gesetzt haben.

Bei diesem Zusammenstoß wurde eine Person, die dann später als der Polizeikommandant Synopka erkannt wurde, niedergestochen. Es ist in keiner Weise erwiesen, daß er das Opfer eines Deutschen geworden ist; es ist vielmehr angesichts der großen Dunkelheit und des wilden Tumults mindestens ebenso wahrscheinlich, daß einer von den auswärtigen Angreifern ihn getötet hat. Jedenfalls sind es die deutschen Dorfbewohner gewesen, die sich sofort mit allen Kräften um den Verwundeten bemüht haben, ihn ins Gemeindefaust schafften, dort sorgfältig verbanden und nach dem Arzte schickten. Bei den Ereignissen, die zu diesem bedauerlichen Vorfall führten, ist Pastor Harfingler nicht zugegen gewesen.

Calonder wehrt sich.

Kattowitz, 26. November.

Der Präsident der gemischten Kommission für Oberschlesien übergibt der Presse folgende Mitteilung:

„In der Presse ist ein an mich gerichteter offener Brief verschiedener deutscher Verbände veröffentlicht, in welchem ich zur Erfüllung meiner Pflicht ermahnt werde. Ich sehe mich nicht veranlaßt, darauf irgend etwas zu antworten. Die deutsche und die polnische Minderheit haben auf meinen Schutz stets zählen können. Im gleichen Schreiben werde ich ersucht, dahin zu wirken, daß Polnisch-Oberschlesien an Deutschland zurückgegeben werde. Diese das Billigkeitsgefühl des Präsidenten der gemischten Kommission verletzende Zumutung weise ich mit Entrüstung zurück. Die heutige Grenze ist selbstverständliche Grundlage meiner Mission.“

Wie die polnische Presse erfährt, hat Außenminister Jaleski den Präsidenten Calonder eingeladen, nach Warschau zu kommen.

Pilsudskis Plakhalter.

Der Terrorflieger geht in Ferien.

Warschau, 26. November. (Eigenbericht.)

Die Abgeordneten und Senatoren der Regierungspartei wählten Oberst Slawek, den früheren Ministerpräsidenten und einer der regsten Mitarbeiter Pilsudskis, zum Fraktionsvorsitzenden wieder. Slawek soll nach dem beabsichtigten Rücktritt Pilsudskis, der längeren Urlaub nehmen will, wieder Ministerpräsident werden. Es wurde ferner beschlossen, den früheren Ministerpräsidenten Switalski, den eifrigsten Gegner einer demokratischen Parlamentsform unter den Anhängern Pilsudskis, zum Sejmarschall und den Wojewoden Maczjewicz wegen seiner Verdienste bei der Wahl in den Stützgebieten zum Senatsmarschall zu wählen. Erste Sejm-Sitzung voraussichtlich am 9. Dezember.

Die Rache an den Volksführern.

Am Mittwoch ist noch ein bisher in Haft gehaltener Abgeordneter gegen hohe Kaution freigelassen worden. Die bis jetzt aus dem Gefängnis entlassenen drei Abgeordneten, darunter zwei Sozialisten, sind schwer krank. Dr. Liebermann, der noch in Haft gehalten wird, liegt an einem Nierenleiden danieder. Schwer krank ist auch Korsantj. Ueberhaupt dürfte keiner der Häftlinge noch bei voller Gesundheit sein. Aus diesem Grunde werden weitere Haftentlassungen erwartet.

Bauernfront gegen Diktatur.

Warschau, 26. November.

Die Fraktionsvorsitzenden der Bauernparteien, Ploß, der radikalen Bauernpartei und der Wynomienie verhandeln über die Gründung einer Fraktionsgemeinschaft. Ueber die Grundzüge ist bereits eine Einigung erzielt. Die Fraktionsgemeinschaft würde 49 Abgeordnete zählen. Folgen soll die Einberufung eines gemeinsamen „Bauernkongresses“ nach Warschau Anfang 1931. Es wird auch die Gründung einer großen Bauernregierung geplant, deren Schriftleitung der frühere Sejmarschall Katal übernehmen soll.

Der Schwindel wird angefochten.

Warschau, 26. November.

Der Listenbevollmächtigte der Nationaldemokraten in der Wahlkommission gab zu Protokoll, daß die Zuteilung der Mandate nur provisorischen Charakter haben kann mit Rücksicht auf die Wahlproteste, mit deren Prüfung das Oberste Gericht in Warschau sich zu befassen haben wird.

England und der Wahlbetrug.

London, 26. November. (Eigenbericht.)

Im Unterhaus wurde der Außenminister Henderson von einem Arbeiterabgeordneten wegen der Zwischenfälle bei den polnischen Parlamentswahlen interpelliert. Der Außenminister erwiderte, daß die Regierung am Mittwoch in den Besitz des Berichts ihres Warschauer Gesandten gelangt sei und ihn zur Zeit eingehend prüfe.

Tödlicher Besitzstreit.

Sofia, 26. November.

Um den Besitz einer Wiese lieferten sich die Bewohner zweier Dörfer der Umgebung von Plewna einen regelrechten Kampf. Die Polizei griff ein, um die Kämpfenden zu trennen; diese vereinten sich gegen die Beamten, die zu ihrer Verteidigung von der Schutzwaffe Gebrauch machen mußten. Ein Bauer wurde getötet, zehn Personen wurden verhaftet.

Abrechnung mit den Nazis.

Eine Auseinandersetzung im württembergischen Landtag.

Stuttgart, 26. November (Eigenbericht.)

Der württembergische Landtag verhandelte am Dienstag und Mittwoch über die Stellungnahme der württembergischen Regierung zum Sanierungsprogramm der Reichsregierung und über die damit im Zusammenhang stehenden allgemeinen Fragen der inneren und äußeren Politik des Reiches.

Staatspräsident Bötz teilte zunächst mit, aus welchen Gründen die württembergische Regierung dem Sanierungsprogramm im Reichshaushalt zugestimmt hat. Von dem einzigen nationalsozialistischen Abgeordneten Mergentaler wurde daraufhin beantragt, der Regierung wegen ihrer Zustimmung die Mißbilligung des Landtages auszusprechen.

In der ausgedehnten und teilweise sehr leidenschaftlich geführten Aussprache vertrat Abgeordneter Keil den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion. Er wies gegenüber der nationalsozialistischen Partei nach, daß sie

in den Ländern, deren Politik sie maßgebend beeinflussen könne, wie Thüringen, Braunschweig und Sachsen, in der Praxis ganz anders handele, als nach ihrer demagogischen Agitation im Volke anzunehmen gewesen sei.

Ebenjämehig habe sie auch die ihr gebotene Gelegenheit im Reichstag benutzt, um den Young-Plan durch Zustimmung zu dem Antrag auf Einstellung der deutschen Zahlungen zu „erreichen“. Der Abgeordnete Mergentaler unterstrich diese Feststellung durch einen mit stürmischer Heftigkeit vom ganzen Hause aufgenommenen Zwischenruf, daß die Zustimmung zu dem Antrag „völlig unzulässig“ gewesen sei. Hierzu stellte der Redner des christlichen Volksdienstes fest, daß die Nazis in ihren Wahlversammlungen jeden anderen, der eine solche sachliche Haltung gegenüber den Young-Plan-Zahlungen einzunehmen gewagt hätte, mit dem

Bormurf der „nationalen Knochenermüdung“ bedacht hätten.

Von dem Abgeordneten Keil wurde im weiteren Verlauf seiner Rede festgestellt,

daß die Sozialdemokratie in bezug auf die Senkung der Reparationslasten seit 1921 durch die Mittel der Verkauft mehr erreicht hätte, als mit den Mitteln eines nationalsozialistischen Bahnhütes.

wie er sich im Ruhrkampf betätigt hat und heute von der Rechtsopposition wieder propagiert wird, je hätte erreicht werden können. Wer selbst das Gewaltprinzip vertritt, habe kein moralisches Recht, Vorwürfe über seine Anwendung durch die Stögerstaaten zu erheben. Die Durchführung eines finanziellen und wirtschaftlichen Sanierungsprogramms sei dringend nötig, aber es müßte noch viel gründlicher sein als das des Kabinetts Brüning, dem jetzt eine kapitalistische Interessentengruppe nach der anderen davonlaufe. Die von der Reichsregierung verfolgte Tendenz des Lohnabbaus werde die Wirtschaft nicht anregen, sondern lähmen, da sie zu einer Schwächung der Kaufkraft führe und somit die Gefahr neuer Betriebsstilllegungen nach sich ziehe.

Keil schloß seine Ausführungen unter großem Beifall mit folgender Feststellung: allmählich muß jeder Unbefangene erkennen, daß die Ursache der Wirtschaftskrise, die unsere ganze nationale Ordnung erschüttert, in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem gelegen ist, das die von ihm selbst geschaffenen Widersprüche nicht mehr zu überwinden vermag und daher dieses System selbst einer grundsätzlichen Aenderung bedarf, deren Ziel sein muß, die menschliche Produktion nicht mehr auf dem Profit, sondern auf der Bedarfsdeckung der Menschen aufzubauen.

Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde auf Donnerstag vertagt.

Revisionsdiskussion in Frankreich.

Langsames Eintreten.

Paris, 26. November. (Eigenbericht.)

Die öffentliche Auseinandersetzung zwischen Reichsaußenminister Dr. Curtius und Ministerpräsident Lardieu hat, wenn es auch praktisch für die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nicht von Nutzen war, wenigstens das eine Ergebnis gehabt, daß in der Pariser Presse die Diskussion über das Problem der Revision der Verträge in Gang gekommen ist. Wenn diese Auseinandersetzung bei aller Sachlichkeit, um die sich zumindest ein Teil der Mütter bemüht, bisher zwar nur ein negatives Ergebnis gezeitigt hat, so ist es doch immerhin als ein Fortschritt anzusehen, daß ein Verlangen nach Revision nicht mehr, wie noch vor wenigen Wochen, mit dem entrüsteten Hinweis auf die Heiligkeit der Verträge abgetan wird.

Innerhalb der Reihenspartei Lardieus legt sich ebenfalls die Einsicht immer mehr durch, daß Verträge nicht für die Ewigkeit geschlossen sind, und daß namentlich die Verträge des Jahres 1919 Ungerechtigkeiten enthalten, deren Korrektur im Interesse des Friedens selbst geboten erscheint. So erklärt am Mittwoch Abbé Bergery, der zwar zur Gruppe der milden Abgeordneten in der Kammer gehört, sonst aber stramm für Lardieu zu stimmen pflegt, in einem Interview in der radikalen „République“, daß auch der Versailler Vertrag den Gesetzen der menschlichen Unvollkommenheit nicht entgehe, und daß auch er, weil er zwischen Siegern und Besiegten abgeschlossen wurde, die Grenzen der strengen Gerechtigkeit überschreite. So sei es ein bedauerlicher Irrtum, daß man aus Oesterreich einen Wasserlopp ohne Körper gemacht, und daß man Ungarn 72 Proz. seines Staatsgebiets genommen habe. Eine Gegenfrage nach dem polnischen

Korridor beantwortet der Abbé ausweichend mit der Erklärung, daß jeder Revisionsversuch zu unabsehbaren Folgen führen müsse. Das bedeute natürlich nicht, fügte er hinzu, daß man die Grenzen so lassen könne, wie sie heute liegen. Wenn man aber Erschütterungen vermeiden wolle, könne man die nötigen Grenzberichtigungen nur mit der Zustimmung aller Beteiligten durch den Völkerbund vornehmen lassen. Außerdem müsse der Völkerbund für die strikte Einhaltung der Völkerrechtsverträge und noch mehr für die baldige Verwirklichung der europäischen Einheitsföderation sorgen.

Das neue Dreiecksgespenst.

Paris, 26. November. (Eigenbericht.)

Der Besuch Titwimows in Rom, der nach gewissen sachlichen Meldungen angeblich die Bildung eines deutsch-russisch-italienischen Blockes vorbereiten sollte, wird von der Pariser Rechtspresse mit sichtlichlicher Wonne dazu bemerkt, die seit Wochen in Erregung gehaltene öffentliche Meinung wiederum zu alarmieren. Dagegen setzen die besonnenen Pariser politischen Kreise in der Propaganda um Titwimows Besuch nur eines jener zahlreichen Einschüchterungsmanöver der faschistischen Außenpolitik. Auch die Nachricht von einem eventuellen Besuch Titwimows in Berlin wird hier ruhig und zurückhaltend kommentiert. Jedenfalls hält man es nicht für wahrscheinlich, daß Deutschland sich bereitfinden könnte, bei dem faschistisch-polnischen Bluff gegen die Westmächte mitzumachen, zumal es dabei nichts gewinnen, aber sehr viel verlieren könnte.

Wie sie kneifen!

Bekennermut der Helden vom dritten Reich.

Die vereidigten Kriegsdolmetscher Fric und Graf Reventlow scheinen ihren nationalsozialistischen Reichstagskollegen Unterricht im Kneifen zu erteilen. Wenigstens macht man jetzt allenthalben die Erfahrung, daß nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete, die sich als Angeklagte vor Gericht verantworten sollen, teils ohne jede, teils ohne ausreichende Entschuldigung im Hauptverhandlungstermin ausbleiben. Genannt seien nur die Namen Kaufmann, Goebbels und Münchmeyer. Am Sonnabend sollte sich Herr Koch, Königsberg, wegen hanebüchener Beschimpfungen des Genossen Orzesinski vor dem Gericht seines Wohnortes verantworten. Er ahnte das Beispiel seiner drei vorhergenannten Kollegen nach. Eine Entschuldigung auszusprechen hielt er nicht für nötig. Die tapferen Herren spekulieren offenbar darauf, daß der Reichstag ihren berühmten Antrag auf Einstellung von weit über 100 Strafverfahren stattgeben wird. Wenn sie sich dabei nur nicht irren!

Der Hauptgrund, aus dem die Parlamente bisher das Privileg der Immunität in weitgehendem Maße geschützt haben, war der, daß ein Abgeordneter während der Sitzungsperiode nicht mit Strafverfahren befaßt werden soll, damit er seine gesamte Zeit der Mitarbeit an der Gesetzgebung widmen kann. Dieser Grund muß wegfallen, wenn ein Abgeordneter in der parlamentarischen Zeit die Erledigung von Strafsachen in unwilliger und unanständiger Weise vereitelt; ihn auch dann noch während der Parlamentstagung vor Verfolgungen zu bewahren, scheint uns unmöglich zu sein, denn dann würde das Privileg der Immunität, das als Vorrecht des Parlamentes gedacht ist, zum Privileg der einzelnen Abgeordneten werden, auf Grund dessen sie noch Bestehen pöbeln können. Die nationalsozialistischen Helden werden durch ihr feiges Kneifen nichts anderes zuwege bringen, als daß die Parlamente in Fällen, in denen sie die Verfolgung nationalsozialistischer Abgeordneter zulassen, dem Gericht sofort die Ermächtigung erteilen, den Angeklagten vorzuführen zu lassen, wenn er ohne Entschuldigung ausbleibt.

Franzen an der Arbeit.

Der Minister mit dem Strafverfahren baut ab.

Braunschweig, 26. November.

Justizminister Dr. Franzen hat sieben sozialistische Schulräte abgebaut, denen die Wahl blieb, mit einer mäßigen Pension in den Ruhestand zu treten oder wieder Lehrer zu werden.

Hinaus mit den Hakenkreuzlern!

Preussisches Disziplinargericht beschließt Dienstentlassung.

Der preussische Oberförster Bülow in dem schlesischen Kreis Sorau ist von dem zuständigen Disziplinargericht wegen seiner Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei und seiner Teilnahme an einem Fackelzug dieser Partei zur Dienstentlassung verurteilt worden.

Echt Wirtschaftspartei!

Die feindlichen Brüder schließen Burgfrieden.

Die Zeitung der Wirtschaftspartei hat am Dienstag in später Abendstunde den Konflikt Dremig-Colosser als beigelegt bezeichnen lassen. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Die Entscheidung ist von dem Parteiausschuß der Wirtschaftspartei vielmehr aufgehoben worden bis zum Parteitag der genannten Organisation, der im April 1931 in Hannover stattfinden soll. Bis dahin hat man einen „Burgfrieden“ geschlossen.

Der Abgeordnete Colosser hat sein Amt im Parteivorstand wieder übernommen und behält auch seinen Einfluß auf das Parteiorgan.

Die Herren Dremig und Colosser hatten gegeneinander sehr schwere Vorwürfe erhoben, nicht nur in politischen, sondern auch in geschäftlichen Dingen. Daß sie nun wieder „burgfriedlich“ nebeneinander im Parteivorstand sitzen, ist — echt Wirtschaftspartei.

Kommunistische Zellenarbeit.

Wie sie in Sozialistische Arbeiterjugend eingudringen suchen.

Es wird uns geschrieben:

Die Kommunisten sind seit einiger Zeit an verschiedenen Orten des Reiches wieder sehr eifrig um die Sozialistische Arbeiterjugend bemüht. Ihre besondere Spezialität ist die sogenannte SWJ-Opposition zu kommunistischen Zellen in der Sozialistischen Arbeiterjugend auszubilden. Doch es sich hier um ein einheitliches Vorgehen der kommunistischen Jugend gegen die Sozialistische Arbeiterjugend handelt, beweist ein vertrauliches Rundschreiben, das die Bezirksleitung des Kommunistischen Jugendverbandes Niederrhein an die Kollektoren der Ortsgruppe ihres Bezirks am 1. Oktober verschickt hat. In diesem Rundschreiben wird zunächst auf die Anfang Oktober durchgeführte Reichswerkwoche der SWJ, hingewiesen, und dann werden folgende Anweisungen gegeben:

„Die bestehenden Verbindungen zwischen uns und den oppositionellen SWJlern müssen energisch ausgebaut werden. Die Frage der Einheitsfront von unten muß in den Vordergrund geschoben werden. . . In jeder Gruppe der SWJ werden öffentliche Veranstaltungen stattfinden, zu denen wir Diskussionsredner und starke Delegationen entsenden müssen.“

Als praktische Maßnahmen zur Organisierung der SWJ-Opposition werden vorgeschlagen: 1. Zusammenfassung aller übergetretenen SWJ-Mitglieder. Besondere Aufgaben stellen für diese Genossen. 2. Regelmäßiger Vertrieb der Oppositionsrundschreiben der SWJ. Diese Briefe erscheinen ab Oktober regelmäßig monatlich. 3. Alle übergetretenen SWJ-Mitglieder müssen uns sofort monatlich mitgeteilt werden.

In dem Rundschreiben heißt es zum Schluß:

„An Material werden wir bzm. das ZK (Zentral Komitee) herausgeben: 1. Eine Broschüre gegen die SWJ. 2. Ein Flugblatt gegen die SWJ (zentral). 3. Ein Flugblatt gegen die SWJ (Bezirk). 4. SWJ-Oppositions-Rundbrief. 5. Informationsmaterial über die Lage in der SWJ. 6. Eine Jugendbeilage, die als Flugblatt Verwendung findet.“

Dieses Rundschreiben ist eine vollinhaltliche Bestätigung der Vermutungen, daß die Kommunisten bei den verschiedenen Vorgängen innerhalb der SWJ in der letzten Zeit ihre Hand im Spiel haben. Sie verweisen in diesem Rundschreiben selbst auf die bereits bestehenden Verbindungen zwischen der kommunistischen Jugend und der SWJ-Opposition, und dieses Rundschreiben schafft auch die letzte Klarheit darüber, daß der SWJ-Oppositionsrundbrief, der seit einiger Zeit wieder verbreitet wird, eine Angelegenheit der kommunistischen Jugendzentrale ist. Die sozialdemokratischen Jugend- und Parteiorganisationen werden also in Zukunft wissen, mit wem sie es zu tun haben, wenn von einer SWJ-Opposition die Rede ist. Es sind dann nicht die berühmten unjurisdierten Arbeiter aus dem Betrieb, von denen die Kommunisten immer reden, sondern es sind Bewährte einer gegnerischen Organisation, die in dieser Zeit des Abwehrkampfes gegen den Faschismus nichts wichtigeres zu tun haben, als die sozialistische Arbeiterbewegung zu unterminieren.

Sie stellen sich nicht!

Die Hakenkreuzler fürchten sozialdemokratische Reden.

Dessau, 26. November (Eigenbericht)

In Dessau machte die Sozialdemokratie am Dienstagabend den Versuch, den Nationalsozialisten in deren Versammlung laßlich in Rede und Antwort entgegenzutreten. Die Nazis hatten als Redner den Hemmender Heines und den Dessauer Naziführer Hauptmann Seepel aufgebeten.

Nach der die Naziverammlung eröffnet wurde, hatten mehrere hundert Reichsbannerleute und sozialdemokratische Arbeiter gegen Entrichtung des Eintrittsgeldes in dem Versammlungslokal unbehelligt Platz genommen. Als dann der als Diskussionsredner in Aussicht genommene sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Seger an der Reihe erschien, um Einlaß zu begehren, trat ihm der Sozialklub der Nazis entgegen und verweigerte ihm den Eintritt. Alle Hinweise auf die Öffentlichkeit der Versammlung trachteten nichts. Die Nazis vertriehen sich hinter ihr Hausrecht und hinter die Polizei, die sie zu Hilfe riefen. Die in dem Versammlungslokal anwesenden Republikaner jagten nach diesem Intermezzo mit den Nazis geschloffen zu einer Kundgebung auf den Kleinen Markt, wo Seger dann das Wort nahm. Als die Versammlung zu Ende war, kam es zu einem Zwischenfall, den ein in Dessau über beleudeter Hakenkreuzler, ein Fleischermesser Binzer, verursachte. Dieser Mann ging mörderisch gegen die aus einem Lokal kommenden Reichsbannerleute mit Handgreiflichkeiten vor und biß einem der Reichsbannerleute eine Fingerkuppe ab. Der Hakenkreuzler erhielt sofort eine große Tracht Prügel und wurde schließlich von der Polizei abgeführt.

Die Feigheit der Hakenkreuzler, sich ihren politischen Gegnern selbst in ihrer eigenen Versammlung nicht zu stellen, hat in Dessau allgemeine Verachtung hervorgerufen.

Kohlenpreisföschung rechtungsgültig?

Vorwürfe gegen das Reichswirtschaftsministerium. — Entscheidung am 12. Dezember.

Wir haben vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß die zum 1. Dezember festgelegte Senkung der Steinkohlenpreise deshalb nicht als legal angesehen werden kann, weil sie nur von dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenbund einseitig, nicht aber von dem Kohlewirtschaftsgesetz dazu bestimmten Organen (Reichskohlenrat und Reichskohlenverband) beschlossen worden ist. Wie wir hören, ist es in der gestrigen Kohlenratsitzung darüber zu einer scharfen Debatte gekommen. Dem Reichswirtschaftsministerium ist der Vorwurf gemacht worden, daß es lediglich dafür verantwortlich ist, daß die gesetzlichen Organe bei der Festlegung der Kohlenpreisföschung und in ihrer Stellungnahme zur Kohlenpreispolitik behindert worden sind.

Die Frage ist nicht gleichgültig, denn einmal ist die Mitwirkung der gesetzlichen Organe ein gesetzliches Recht und eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung, zum andern ergäbe sich die praktische Möglichkeit, daß das Syndikat auch später einseitig nach freiem Ermessen Veränderungen in den Kohlenpreisen vornehmen könnte. Es dürfte eine Einigung dahin erzielt werden sein, daß die autonome, d. h. vom Syndikat jetzt beschlossenen neuen Preise zunächst im Reichsanzeiger veröffentlicht werden, und daß die erforderliche Legalisierung entsprechend dem Kohlewirtschaftsgesetz in einer, wie wir hören, auf den 12. Dezember einzuberufenden Sitzung des großen Reichskohlenrats und des Reichskohlenverbandes beschlossen werden soll. An dem effektiven Wirksamwerden der Preisföschung ab 1. Dezember soll sich dagegen nichts ändern.

Aufruhr der Wirtschaftspartei.



Mittelständler Deutschlands, wahret eure heiligsten Güter.

Die Moskauer Geständnisse.

Kontrolllose Monopolberichte.

Keiner der „Zuchthausstolten“, den die Bolschewiki so nennen, unterzieht die Drahtberichterstattung der Auslandsberichterstattung einer Zensur — nur die Depeschen der Moskauer Zeitungskorrespondenten dürfen erst befördert werden, wenn sie den Erlaubnisvermerk der Zensur erhalten haben. Aus diesem Grunde ist auch telephonische Berichterstattung ins Ausland so gut wie verboten. Es besteht also keine Möglichkeit, jetzt schon zu kontrollieren, ob der durch WTB verbreitete Bericht der Sowjet-Agentur (Tass) über den Ramsin-Prozess richtig ist und ob die angelegten Professoren, Ingenieure usw. wirklich diese Geständnisse der Verschwörung mit fremden Regierungen mit der absichtlichen Schädigung der Sowjetwirtschaft abgelegt haben. Ist es aber geschehen, so kann das Versprechen der Gnade im Hesse raumütiger und agitatorisch verwendbar, wenn auch falscher Geständnisse wohl eine Erklärung dafür sein. Gewiß die meisten Europäer, die nicht z. B. den osmanischen Schicksalsglauben haben, können den Tod schon vor eine Hinrichtung, mit der man ja in Sowjetrußland so reich bei der Hand ist; verspricht man solchen Todgeweihten das Leben, wenn sie Kupfergetöse herlegen, so kann man sie durch geeignete Behandlung schon dazu bringen. . .

Es ist ja auch möglich, daß die Geständnisse wirklich abgelegt worden sind und sogar, daß sie wahrheitsgemäß sind — aber es fehlt jene Freiheit der Berichterstattung, die allein die Sicherheit ihrer Wahrheitsstreue schaffen kann!

Weitere „Geständnisse“.

Der recht lange „Bericht“ der Sowjetagentur läßt Ramjin u. a. weiter Verhandlungen mit den französischen Generalstabsobersten Jominille und Richard, dem englischen Vize-Ingenieur Simon in Gegenwart eines unbekanntem „Sir Philipp“, der Gruppe Deterding, dem englischen Oberst Lawrence u. a. a. „gestehen“. Wiederholt wird ein Ingenieur Barischschiff als Teilnehmer genannt; er ist schon längst erschossen! Die englische Interventionenlust soll seit dem Regierungswechsel erheblich abgenommen haben — Kompliment für die Labour-Regierung! Aber Frankreich sei der Haupttreiber gewesen und die Soldaten Polens, Rumäniens und der baltischen Staaten sollten gegen Rußland marschieren, während dort eine innere Erhebung losbräche. „Auf Grund von Auskünften, die ich, Barischschiff und andere von Baltischinnki und Mitgliedern des Handels- und Industriekomitees erhalten hatten, bekamen wir den

Eindruck, daß der Mittelpunkt der Intervention Polencaré ist, der von Briand aktiv unterstützt wird.

Mitte 1929 kamen aus Frankreich bringlichere Beisungen, eine militärische Organisation zu schaffen und eine Diversionstätigkeit zu

entfalten, d. h. es erfolgte allmählich die Umwandlung der Industriepartei in eine Agentur des französischen Generalstabes. Der Beginn der Intervention wurde ursprünglich auf 1928, später auf 1930 anberaumt. Das Jahr 1930 wurde von allen als das schwerste Jahr des Fünfjahresplans betrachtet; denn in diesem Jahr konnten die enormen Kapitaleinlagen in die Volkswirtschaft noch keine Resultate ergeben.

Die Arbeit, die die Industriepartei betrieb, um in der Wirtschaft der Sowjetunion eine Krise herbeizuführen, sollte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verstärken, sie katastrophal zuspitzen. Durch die Krise sollte die Wehrfähigkeit des Landes verringert und in den Bevölkerungsmassen weitgehende Unzufriedenheit erregt werden. Die

Industriepartei und ausländische Kreise rechneten mit großer Sicherheit auf Kuffstände und Unruhen unter den Bauern und in der Roten Armee und auf die Möglichkeit, Arbeiterstreiks zu provozieren.

Da die Industriepartei keine hinreichende Basis in den Massen hatte, hofften wir, eine Volksbewegung mit Hilfe der wertvollen Bayernpartei heranzuführen. Das Jahr 1930 hatten wir auch deshalb ausersehen, weil bei den großen Aufwendungen für den Industriebau der Sowjetunion die Ausgaben für die Landesverteidigung gerade 1930 geringer waren als für die folgenden Jahre in Aussicht genommen war. Man hielt es ferner auch für möglich, im Jahre 1930 die diplomatische Vorbereitung für die Intervention auszuführen.“

Paris dementiert.

Paris, 26. November.

Die Havas-Agentur veröffentlicht zu den Anschuldigungen gegen Briand und Poincaré im Moskauer Ramsin-Prozess ein Dementi, in dem es heißt, daß die Anschuldigungen jeder Grundlage entbehren. Der französische Botschafter in Moskau ist außerdem beauftragt worden, energische Schritte bei der Sowjetregierung zu tun, damit in Zukunft solche unhaltbaren Anschuldigungen unterbleiben.

Meisterjäger Stalin.

Roma, 26. November.

Der Hauptkontrollauschuß der Partei hat 27 Kommunisten wegen Zugehörigkeit zur Rechtsopposition und Verfolgung einer gegen die Interessen der Partei gerichteten Politik aus der Partei ausgeschlossen; sie hatten die Einberufung des Parteikongresses und den Rücktritt Stalins gefordert.

Nachverzollung von Tabakfabrikaten.

Ein Erfolg sozialdemokratischer Kritik.

Da in der neuen Tabaksteuerverordnung nur eine Ermächtigung des Reichsfinanzministers, keine Verpflichtung vorgesehen ist, die bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes vorhandenen Bestände nachzuverzollen, scheint in dem Tabakgewerbe die Meinung verbreitet zu sein, daß das Reichsfinanzministerium von der Ermächtigung keinen Gebrauch machen würde; denn nur so läßt sich die überall beobachtete Herstellung auf Vorrat erklären. Wie wir von besonderer Seite erfahren, ist aber der Reichsfinanzminister fest entschlossen, einen Nachzoll zu erheben. Schon weil andernfalls die kapitalträchtigen Betriebe in unberechtigter Weise bevorzugt werden würden.

Beg mit Baugoin!

Konstituierung der sozialdemokratischen Fraktion.

Wien, 26. November. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrats wählte am Mittwoch den Wiener Bürgermeister Seig zum ersten und Dr. Danneberg zum zweiten Vorsitzenden. Seig berichtete eingehend über die politische Lage; eine längere Diskussion folgte.

Die Fraktion beschloß für den Fall, daß die Regierung Baugoin vor dem Inkrafttreten des Nationalrates nicht zurücktritt, deren Sturz durch die Einbringung eines Mißtrauensantrages anzustreben. Die sozialdemokratische Fraktion ist

bereit, mit jeder Regierung zusammenzuarbeiten, die alle demokratischen Kräfte des Landes zum Schutze der Verfassung und zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit zusammenfaßt.

Sie ist aber ebenso entschlossen, gegen jede Regierung den schärfsten Kampf zu führen, deren Zusammensetzung oder Kurs den klaren Entscheidungen des 9. November zumiderläuft.

Die Fraktion beschloß ferner, in der ersten Sitzung des Nationalrats eine Reihe von Anträgen einzubringen, darunter Inkraftsetzung der Alters- und Invalidenversicherung und finanzielle Sicherung der Arbeitslosenversicherung, was der Gegenstand eines Volksbegehrens ist. Als Präsident des Nationalrats wird die Sozialdemokratie den bisherigen zweiten Präsidenten Eidersch vorschlagen. Als stärkste Fraktion hat sie Anspruch auf die Präsidentschaft.

Chile bleibt im Völkerverbund. Die chilenische Regierung dementiert die Gerüchte über ein bevorstehendes Ausscheiden aus dem Völkerverbund. Der Austritt sei bisher nicht einmal erörtert worden. Gleichzeitig weist die chilenische Regierung aber darauf hin, daß ihr die Kosten für den Völkerverbund und für ihre Generalkonferenz große Sorgen mache und die Austrittsbestrebungen gewisser Kreise fördere.

Jon-Mayen-Insel gehört Norwegen. Die lang umstrittene norwegische Oberhoheit über die Ardis-Insel Jon-Mayen ist nunmehr von der englischen Regierung zugunsten Norwegens anerkannt worden. Die Anerkennung erfolgte in Form eines Kommuniqués, das von beiden Regierungen im auswärtigen Amt in London vereinbart wurde.

Spirituosen sind keine Heren. Das englische Unterhaus hat in erster Lesung den von dem Arbeiterparlör Kelly eingebrachten Beschlusseckentwurf angenommen, wonach Spirituosen und Medizin von der Strafverfolgung ausgenommen werden, der sie gegenwärtig auf Grund des aus dem Mittelalter stammenden Gesetzes über die Hexerei unterliegen, wenn sie ihre psychische Kraft tatsächlich ausüben.

Schwindel im Schloß.

Wie Wilhelm auf den Urkraftschwindel des Herrn Schappeller hereinfiel.

Dieser Tage ließ bei der Schatullenverwaltung des früheren Kaisers in Berlin ein Schreiben der österreichischen Strafbehörden ein, in dem um Auskunft gebeten wurde, ob die 465 000 Mark, die das Haus Doorn einem gewissen Karl Schappeller zur Verfügung gestellt hatte, durch die Schatullenverwaltung ausgezahlt worden seien. Der Verwalter antwortete, daß dieser Betrag bei ihm nicht verbucht sei. Man geht wohl kaum fehl in der Annahme, daß die Summe von Doorn aus direkt an Herrn Schappeller gezahlt worden ist.

Herr Schappeller war, bevor er seinen eigentlichen Beruf und seine Berufung erkannte, ein simpler österreichischer Postmeister. Seine Laufbahn zu Ruhm und Glück begann damit, daß er im Jahre 1919 für geistesgestört erklärt wurde und in Zwangspension kam. Was er in den nun folgenden Jahren trieb, wird sich wohl nie einmündig herausstellen. Jedenfalls trat er vor vier Jahren als vermöglicher Mann auf, der die Ruine des Schlosses Kurozj- münster im Inn — nicht weit von Gollspach — kaufte und umfangreiche Renovierungen ausführen ließ. Wer ihm das Geld vorgestreckt hatte, ist heute noch nicht erwiesen. Bald begann ein geheimnisvolles Treiben auf Schloß Kurozj münster: Techniker zogen ein, Maschinen wurden angeschafft,

Laboratorien eingerichtet.

Und ein Bezugs- und Gemunkel durchzog die Gegend: Fallschirmflieger? Giftgaschemiker? Bis Herr Schappeller eines Tages ein Buchlein erscheinen ließ: „Raumkraft, ihre Erschließung und Auswertung durch Karl Schappeller“. Sehr wußte man allerdings genug. Die „Geheim-Broschüre“, wie das Heft genannt wurde, war ein höchst interessantes über technische und physikalisch-chemische Dinge, die in einem Brei von philosophischem Geschwätz angerührt waren. Die Weisheit Schappellers war ein merkwürdiges Gemisch von Dummheit, Frechheit, Ignoranz und Phantasie. Herr Schappeller überschüttete den gläubigen Laien mit phantastischen Projekten: er wollte eine Art „konstanten Blitz“ zwischen Himmel und Erde als Urkraft-Energiequelle erzeugen; er wollte die ganze Welt umgestalten und sämtliche politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme im Handumdrehen lösen, die Welt in ein Scharaffenland verwandeln und selbst zum zweiten Heiland avancieren. . .

Es dauerte eine ganze Zeit, bis man das Schloß Kurozj münster und seinen merkwürdigen Bewohner etwas kritischer betrachtete.

Gerüchte tauchten auf: die Urkraft ist ein Bluff — Schappeller wird seine Schulden nicht bezahlen — Schappeller wird plötzlich ausrücken — Rein, der Exkaiser hat ihm eine Million zugesagt — Industrielle kaufen die Urkraft aus. . . Noch hing in den Müllsteinen der umliegenden Ortschaften der „Schappeller-Triumphmarsch“, komponiert von einem musikalischen Gläubigen, und noch konnte Schappeller den um Bezahlung drängenden Lieferanten frech erklären: „Ihr müßt an mich glauben!“ Bis einer, der Architekt des Schloßumbaus, nicht mehr an ihn glaubte, seine Forderung der nächsten Sparkasse zederte und trotz entrüsteten Protestes der ganzen Bevölkerung den Wechsel des Herrn Schappeller „plagen“ ließ.

Der Schwindel im Schloß war zu Ende.

Nun verfiel der Glaube an den Urkraftlercher aus den Herzen wie Schnee an der Sonne; die Bauern, die ihm ihre Sparpiennige geliehen hatten, hätten ihm am liebsten den Schädel eingeschlagen, die Geschäftsleute, die das Inventar geliefert hatten, verloren insgesamt 250 000 Schilling, hundert Handwerker und Arbeiter warteten auf Lohn, die Techniker auf ihr Gehalt, die Maschinenlieferanten auf Bezahlung. Schappeller selbst redete noch große Töne: „Wir haben mit Kaiser Wilhelm verhandelt. Eine Million war uns zugesagt. Aber Herr Präsident Nitz, der kaiserliche Schatullenverwalter, hielt es für gut, uns nicht alles auf einmal auszubezahlen — und nun haben wir verzichtet! Das möchte ich feststellen: wir haben Wilhelm II. fallen lassen! Nicht er uns! Wir wollten ihn nicht mit der Urkraft auf den Thron bringen. Das liegt uns fern; er hätte nur Gelegenheit gehabt, durch Unterstützung unserer Idee gutzumachen, was er vorher schlecht gemacht hat.“

Damals hielt man die Worte Schappellers für einen unwahrscheinlichen Schwindel, wie es ja die ganze Urkraft war. Und nun hat sich doch allem Anschein nach in der Gerichtsverurteilung herausgestellt, daß Schappellers Erfindungen über seine Geldquellen durchaus zuträfen. Vielleicht ist sogar etwas Wahres an einer anderen Behauptung des großen Scharlatans: daß Frau Hermine aus Doorn ihren Besuch zugesagt hatte. Es wurde nichts aus dieser allerhöchsten Visite; eines Nachts verschwand Herr Schappeller lang und klanglos aus seinem Schloß samt Urkraft und Welterschöpfung. Was zurückblieb war eine Ruine voller unbrauchbar gewordener Maschinen, ein Haufen Gläubiger und ein Kassenjammer im Hause Doorn.

oder ein Zimmer vergrößern kann, man kann also gewissermaßen in diese Wohnung hineinwachsen. Interessant ist auch die Möblierung, die aus geschmackvollen Aufbaumöbeln besteht.

Die ganze Wohnungseinrichtung übersteigt nicht den Preis von 750 Mark. Nach einem vorliegenden festen Angebot für Haselharst würden sofort mehrere hundert dieser so dringend benötigten Wohnungen in Angriff genommen werden können, wenn nicht — die Wohnungsfürsorge das Bauen dieser billigen Wohnungen unterlagen würde.

Kurisches Hoff in Not.

Das Hochwasser schließt den Verkehr ab.

Tilsit, 26. November.

Das Kurische Hoff wurde in den letzten Tagen von einem orkanartigen Sturm heimgesucht, dem insgesamt elf Fischer zum Opfer fielen. Ein in den letzten Tagen verunglückter Fischer ist seinen Verletzungen erlegen, weil es unmöglich war, einen Arzt herbeizurufen. Infolge Hochwassers wird die Lage der Bewohner am Hoff immer verzweifelter. Besonders traurig sehen die Verhältnisse in Inse aus. Wege, Wiesen und Delche bilden eine endlose Wasserfläche, die jeglichen Verkehr mit der Außenwelt unterbindet. Seit mehreren Tagen ist der Postverkehr mit Inse eingestellt. Schwerkranke müssen in Betten und Pölse gepackt unter Lebensgefahr zum nächsten Arzt geschafft werden; Tote können nicht beerdigt werden. Das Wasser steht noch meterhoch in den teilweise verlassenen Wohnungen; die Gemüsevorräte sind größtenteils durch das Hochwasser oder den plötzlich eingetretenen Frost vernichtet. Die Delche, welche in diesem Herbst erhöht wurden, sind teilweise fortgeschwemmt worden. Es wird dringende Hilfe verlangt.

Eisenbahnunglück in Italien.

7 Tote und 11 Verletzte an der Adria Küste.

Mailand, 26. November.

Auf der an der Adria Küste entlangführenden elektrischen Nebenbahnstrecke Amendola—Porto—San Giorgio hat sich heute vormittag ein schweres Eisenbahnunglück zugetragen. Der nach der Küste fahrende Frühzug entgleiste in einer Kurve, wobei sämtliche Wagen aus einer Höhe von 30 Metern auf einige Häuser herabstürzten und zertrümmert wurden. Nach der ersten Meldung gab es 7 Tote und 11 Verletzte. Man befürchtet jedoch, daß die Zahl der Toten bedeutend höher ist. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Die Plädoyers im Frenzel-Prozess.

Bertheidiger beantragen Freisprechung.

Wiederum unter Ausschluß von Öffentlichkeit und Presse begannen gestern im Frenzel-Prozess die Plädoyers.

Rechtsanwalt Dr. Brandt betonte mit Nachdruck, daß er von der Unschuld des Angeklagten schon von Anfang an überzeugt gewesen sei. Er halte die beiden Töchter Frenzels, Hilde ebenso wie Gertrud, nicht für einwandfreie Zeuginnen. Beide ließen sich von Gefühlen leiten, die ihre Wahrheitsliebe beeinträchtigten. Er beantrage Freisprechung. Auch Rechtsanwalt Dr. Blumenheim kam unter besonderer Würdigung der Schoovertändigengutachten zu dem gleichen Antrag.

Am Freitagvormittag wird der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stargard, sich für die Zurückweisung der Berufung einsetzen. Das Urteil ist am Sonnabend oder Montag zu erwarten.

Kleinwohnung für 29 Mark Miete.

Die Architekten Brüder Luchardt und Anker veranstalten zur Zeit eine Ausstellung im Architektenhaus in der Wilhelmstraße 92/93, wo unter anderen städtebaulichen Arbeiten und Entwürfen der Firma auch eine Kleinwohnung gezeigt wird, die nur 29 Mark Miete pro Monat kostet.

Die Wohnung ist vollständig aufgebaut und möbliert, so daß man sie in allen Einzelheiten genau übersehen kann. Die ausstellenden Architekten bauen, wie ihre Dählemer Versuchsbauten von Einfamilienhäusern und Hochhäusern an anderen Stellen beweisen, unter Verwendung von Glas, Beton und Stahl in dem neuen Stahlschbauverfahren, das eine bessere Raumaufteilung und Ausnutzungsmöglichkeit der Wohnfläche verbürgt. Auch bei dem neuen Mietshaus, das durch technische Vereinfachungen im Serienbau verbilligt wird, ist mit allen Vorurteilen gründlich aufgeräumt worden. Die hier gezeigten Wohnungen sind ein Muster für gute Belichtung und Lüftung. Zur Verbilligung fällt natürlich

das Bad hinweg, an seine Stelle tritt die Dusche in einem extra vorgesehenen Rindteil. Dafür ist ein glasüberdeckter Balkon vorhanden. Da auf der verhältnismäßig kleinen Grundfläche der Wohnung — 35 Quadratmeter ohne Balkonkorridor, zwei Zimmer und Toilette untergebracht sind, ist alles bis auf jede Kleinigkeit genau berechnet. Das schöne große Wohnzimmer enthält eine Kochplatte mit Küche, die aber vollständig dem Zweck genügt, denn sie besitzt Gasherd, Spritzschrank, Abwassertisch und eingebauten Schrank. Für Dusche und warmes Wasser zum Abwaschen dient ein Gasdruckaufreißer. Auch in der zweiten großen Stube sind die Schränke eingebaut, so daß eine verhältnismäßig große Benutzungsfläche trotzdem in dieser kleinen Wohnung vorhanden ist. Bei dem genannten Preis fallen natürlich der Balkon und die eingebauten Schränke fort. Mit dem Balkon kostet die Wohnung 31,50 Mark; mit Balkon und eingebauten Schränken 33,50 Mark, welcher Preis ebenfalls noch längst nicht die Mieten erreicht, die man beispielsweise für eine 1½-Zimmer-Wohnung in Berlin bezahlt. Die Wohnungen haben weiter den Vorteil, daß man sie unter gegebenen Umständen durch Hinwegnehmen von Zwischenwänden der anschließenden Wohnungen noch um zwei Kammern

W. Soemann & Wöhle
Unternehmer

21] Sowohl, das war die Hauptsache: der Auftrag wurde effizient.

Aber wie?

Die Arbeit war sehr einfach, weit einfacher als bei den Himmelsbachschen Schreibstischen.

Doch ohne einen Drehsler und ohne Werkstatmmaschinen war sie nicht zu schaffen.

Werkstatmmaschinen kosten Geld. Wo sollte er dieses Geld hernehmen?

Allerlei Möglichkeiten erwog er, ausführbare und unausführbare.

Er versiegte sich zu den tollsten Projekten.

Nur Geld! hämmerte es in seinem Schädel.

Nur Geld! war die Lösung.

Jetzt erst begriff er, warum sein Vater soviel Wert auf Sprichwörter und Redensarten legte, die vom Gelde handelten. Wie er sie als höchste Lebensweisheit immer und immer wieder im Munde führte, bemüht, sie als Richtschnur seinem Sohne einzuhämmern!

Wie sagte er doch, wenn die Rede darauf kam?

„Für Geld hopen die Hunde, Ludwig! Wer Geld hat, für den ist alles billig. Der Hut, den das Geld auf hat, ist immer mode. Wo Geld ist, ist der Teufel; aber wo keins ist, da ist der Teufel zweimal! Gut Geld, gute Musik. Wer mit Geld schleift, trifft nie daneben.“

Ja, Vater Eisermann hatte mit seinen Weisheiten recht. Tatsächlich, Geld bewegte alles in der Welt! Wenn es keins gäbe, man müßte es erfinden!

Die Frage war nur, wie beschaffte man sich diesen köstlichen Stoff?

Wieder erinnerte sich Ludwig des Auspruchs seiner Arbeitskollegen in der Fabrik: „Meister werden wollen, das ist nicht schwer; aber Meister bleiben, da liegt der Hund begraben!“

Nie hatte er Wahrheit und Wucht dieses Spruches schmerzlicher empfunden als jetzt, bei der Heimfahrt aus der Moritzstraße.

Ludwig hatte sich alles bis ins kleinste überlegt. Er brauchte, um sich die notwendige Einrichtung zu schaffen, tausend Mark, volle tausend Mark.

Vater Eisermann fiel schier vom Schusterschemel, als er die Summe nennen hörte.

„Ich brauch es für Maschinen, Vater!“

Der Alte opponierte. Doch als er den Auftragszettel gelesen hatte, begriff er seinen Jungen.

Bedächtig kratzte er sich seinen lichten Schädel.

„Mutter!“ rief er dann in die Küche, „wieviel haben wir noch auf der Friedrichsfelder Stadtbank?“

„Dreihundert Mark, Vater, du weißt, es ist unser ganzes Kapital für den Notfall.“

„Ich werde selbstverständlich euch die gleichen Zinsen zahlen, die der Bankverein gibt!“ animierte Ludwig.

„Dreihundert Mark sind wenig. Aber vielleicht kann man irgendwo die restlichen siebenhundert borgen.“

„Von wem denn?“ fragte zweifelnd die Mutter.

„Der Gastwirt wird uns schon borgen!“ sagte Vater Eisermann überzeugt.

Die Stiefmutter wiegte bedenklich den Kopf.

„Na ja, auf alle Fälle muß es versucht werden!“ meinte Ludwig.

Seine paar Worte gaben den Ausschlag.

„Gehen wir mal hinüber!“ sagte der Schuhmachermeister.

Es ging nicht so leicht mit dem Geldpumpen, wie es sich Vater Eisermann gedacht hatte.

Der alte, fränkische Gastwirt war jäh wie Hofenseder. Drei Stunden dauerte es, bis ihn der Schuster halbwegs weichgeklopft hatte.

Gewiß, er wollte die siebenhundert Mark hergeben, aber nur gegen einen außerordentlich hohen Zinsfuß und gegen Sicherheiten.

„Wozu Sicherheiten?“ fragte Vater Eisermann. „Bin ich dir als Bürge nicht gut genug?“

Der Gastwirt lachte ihm frech ins Gesicht: „Was hast du denn, wenn's hart auf hart kommt? Ein paar Leisten und so'n Bruchzeug!“

Bei dieser Antwort juckte es den Alten ganz beträchtlich in den Zuschlagmuskeln der rechten Hand. Aber seines Sohnes wegen, dessen Zukunft auf dem Spiele stand, bezwang sich der Schuhmachermeister. Und da die Muskelbewegung im rechten Arm doch irgendwie nutzbar gemacht werden konnte, unterschrieb er feugend auf dem Billard im

Nebenzimmer einen sechsmonatswechsel, lautend auf acht-hundertundfünfzig Mark.

Die Füße zitterten ihm, als er seinen Schnörkel fertig hatte. Er wußte, daß dieses querschriebene Papier unter Umständen sein Todesurteil sein konnte. In einem halben Jahre mußte er eingelöst sein oder es ging um Kopf und Kragen.

Aber Vater Eisermann war in solch einem derart fortgeschrittenen Zustand, daß er für seinen Ludwig auf die Guillotine gegangen wäre, wenn es der Geldgeber zur Bedingung gemacht hätte.

Nachher, auf dem Nachhausewege stieß er seinen Jungen ein paarmal jählich in die Seite.

War das nun die Wirkung der acht hinuntergeschütteten großen Mollen? Oder war es der erste sichtbare Ausbruch seiner bisher im hintersten Winkel versteckten Vaterliebe?

Ludwig hatte keine Zeit, das zu entscheiden.

Ihn trieb schon wieder die Besessenheit des werdenden Werks.

In seinem Gehirn sausten Maschinen. In seinem Gehirn marschierten Zahlen. In seinem Gehirn rannte die Zeit sich selber voraus. In seinem Gehirn sammelten sich Berge von Geld. In seinem Gehirn war Mobilmachung des Profits.

In den nächsten Tagen rastete Ludwig in glücklichster Laune umher.

Er kaufte sich sämtliche Zeitungen, deren er habhaft werden konnte, und studierte die Inseratenseiten.

Nur zwei Rubriken interessierten ihn: Verkäufe und Konturfe.

Irgendwo kamen die Schwankungen des Wirtschaftsbometers so deutlich zum Ausdruck wie in diesen sogenannten „kleinen Anzeigen“. Sinnfällig zeigten sie die Fieberkurve des franten zuckenden Wirtschaftskörpers.

Irgendwo verkauften kleine Kräuter, die sich nicht mehr halten konnten, ihre Werkzeuge um billiges Geld.

Irgendwo sah einem Holzhändler das Messer an der Kehle und, um sich Luft zu machen, verschleuderte er sein Material für einen Spottpreis.

Irgendwo stöhnte ein Kleinunternehmer, dem die Gläubigermanzen das letzte Blut ausfaugten. Er konnte das Ungezieher nur abschütteln, wenn er seine Halbfabrikate im Wege des Rotverkaufs schleunigst zu Bargeld verwandelte.

(Fortsetzung folgt.)

Heim in der Sonne.

Die Siedlung der Alten in der Schönholzer Heide.

An der Grenze zwischen Pantow und Nieder-
schönhausen, wo Parkanlagen und die Reste der
einmaligen Schönholzer Heide zusammenstoßen, hat die
Stadt Berlin eine kleine Kolonie errichtet, eine Siedlung
der Alten.

Kleine gelbe Häuschen, die noch bei trübstem Wetter wie
sonnenbeschienen leuchten, liegen zwischen Kiefern und Rasenstreifen.
Im Sommer zogen die ersten Bewohner ein; jetzt sind alle Räume
besetzt. Aber noch vier weitere Häuschen sollen hier entstehen, noch
80 Plätze für einzelne alte Leute und für Ehepaare sollen geschaffen
werden; noch 80 alte Leben sollen hier den Sorgen und Kümmer-
nissen ihres Alttags entrückt werden. Zweihundert Wohnungen
sind in diesem „Altersheim der Stadt Berlin“ vorgesehen, Stube
und Küche, mit allen Bequemlichkeiten eingerichtet. Freundlich
und durchsichtig sind die Räume, freundlich und durchsichtig soll hier das
Leben der Alten werden. Und die Einweihungsfeier, die
alle Bewohner in dem soeben fertiggestellten Festsaal vereinte,
bewies, daß alle hier ihr Lächeln wiedergefunden haben, daß alle
sich der kleinen, hellen Sicherheit freuen, in der ihr Leben zur
Ruhe kam. Die Feier, zu der auch Bürgermeister Scholz
erschienen war, wurde durch Gesangsbeiträge, Rezitationen, Geige-
und Orgelspiel verschönt; alle Künstler hatten sich unentgeltlich in
den Dienst der guten Sache gestellt. Im Anschluß an die Feier
besichtigten die Gäste das Heim. Am Nachmittag vereinte eine
gemeinsame Kaffeetafel in dem festlich geschmückten Saal die alten
Leute, die in sichtlich vergnügtester Stimmung bis zum Abend hier
zusammenblieben.

„Geben Sie mir meinen Sohn wieder“ Ein Zwischenfall Gontard-Bullerjahn.

Dieser Tage kam es nach der Trauung der Tochter des Groß-
industriellen von Gontard mit einem jüdischen Industriellen zu
einem ergreifenden Zwischenfall auf offener Straße.
Als der Zug der Hochzeitsgäste die Matthäikirche verließ,
stürzte sich eine weißhaarige Frau dem Vater der
Braut in den Weg und schrie ihm entgegen: „Geben Sie mir
meinen Sohn wieder, Herr von Gontard, für fünfzehn Jahre haben
Sie ihn unschuldig ins Zuchthaus sperren lassen, acht Jahre haben Sie
mir meinen Ernährer schon genommen, endlich müssen Sie Gott die
Ehre geben und die Wahrheit sagen.“ Die alte Frau war die Mutter
des früheren Lagerverwalters Bullerjahn.

Der Fall Bullerjahn ist von uns wiederholt behandelt worden:
Der Lagerverwalter Bullerjahn war seit dem Jahre 1922 in
Hast und wurde auf Grund einer Aussage des Direktors der Berlin-
Karlsruher Industriewerke, von Gontard, vom Reichsgericht wegen
Landesverrats zu fünfzehn Jahren Zuchthaus ver-
urteilt. Diese Aussage war durch Gontard nicht vor Gericht unter
Eid erstattet, sondern bildete nur einen Teil der beiden Aussagen
eines anderen Zeugen. Bald kamen Zweifel an der Schuld des Ver-
urteilten auf, aber alle Bemühungen, ein Wiedereröffnungsverfahren
zu erreichen, blieben bisher erfolglos. Bullerjahn, der im Roßbiter
Gefängnis untergebracht ist, betreibt die Wiederherstellung seiner
Ehre und Freiheit mit allen Mitteln.

Der Zwischenfall findet noch dadurch eine besonders höfliche Be-
leuchtung, daß die Hochzeit der jungen Gontard mit einem Luxus be-
gangen wurde, der dem Elend der breiten Volksmassen und dem
Ernst der Zeit geradezu Hohn spricht.

Die Frau mit den Ringen.

Was alles geglaubt und — bezahlt wird.

Seit mehr als drei Jahren läuft in Berlin eine Frau umher,
die einen einträglichen Schwindel mit angeblich bestellten „Ver-
lobungsringen“ betreibt.

Auf irgendeine Weise erkundet diese geschäftstüchtige Frau die
Wohnung lediger Männer. In Abwesenheit des Mieters erscheint
sie bei den Vermieterinnen und erzählt, daß sie von einem Juwelier
komme, um die bestellten beiden Verlobungsringe
abzugeben. Die Wirtin, die meist von der Verlobung ihres
„möblierten Herrn“ keine Ahnung hat, fragt nach Einzelheiten und
die Schwindlerin erzählt ein beliebiges Märchen, das auch fast immer
geglaubt wird. Für die Ringe verlangt sie 50 bis 80 Mark,
manchmal auch mehr. Wenn die Wirtin bei der Rückkunft des
Mieters diesen mit sanften Vorwürfen empfangt, daß er gar so
geheimnisvoll getan habe, kommt der Schwindel ans Licht. Rühr-
lich sind die „echt goldenen“ Ringe wertvoller Plunder. In Berlin
allein sind in den letzten drei Jahren 100 Fälle bekannt
geworden, in denen die Frau mit den Verlobungsringen
Erfolg gehabt hat. Sie kühlt aber auch Abstecker in die Provinz
zu machen, denn derselbe Trick wurde in Hirschberg, in Gör-
litz, Dresden, Weimar und Jena angewandt. Vielleicht
spiegelt die Betrügerin auf ihrer Arbeitsstelle eine notwendige Reise
vor oder benutzt ihre Urlaubzeit zu „Reisenahmen“. Die Frau
ist etwa 35—45 Jahre alt, hat dunkelblondes Haar, etwas ver-
grühtes Gesicht und im Oberlefer einen Goldzahn. Sie war immer
einfach gekleidet. Mittelungen, die geeignet sind, ihrem Treiben
ein Ende zu machen, erbittet die Dienststelle D 4 im Polizei-
präsidium.

„Der Fall des Generalstabchefs Redl.“

Zur Vorgeschichte des Weltkrieges gehört auch der Fall des
unglücklichen Obersten Redl, der als einer der mächtigsten
Männer im k. und k. österreichisch-ungarischen General-
stab, im Mai 1913 als gemeiner Spion entlarvt wurde.
Um einen Skandal zu vermeiden, wurde die Affäre von der
Heeresleitung vertuscht und der Oberst gezwungen, seinem Leben
ein Ende zu machen. Die Verhinderung einer eingehenden Unter-
suchung hat später im Weltkriege Tausenden von Soldaten das
Leben gekostet. Das tragische Geschick des Obersten, der als
Homosexueller von einem russischen Militärattaché erprecht
wurde, hat Egon Erwin Kisch in einer Tragikomödie zu gestalten
versucht. Eine schauspielerisch hervorragende Darstellung führte
das Werk im Kabarett der Komiker zu einem starken
Erfolg. Kurt Rothschel hatte als Regisseur, vielleicht un-
gewollt, die Tragik des Menschen Redl in den Mittelpunkt gerückt.
Dadurch trat die Anklage gegen die verdrehten Drahtzieher
des Böllermordens ein wenig in den Hintergrund. Dem ge-
triebenen, gebliebenen Menschen, der unter der Maske des mächtigen
Obersten Redl die Todesangst des vom Schicksal Gefolglosen ver-
birgt, gab in einer sehr guten Leistung Wolfgang Heinz
Empathisch Heinrich Schnitzler als junger Leutnant, um den
das Mädchen, von Cécile Vossky als die ihr Recht fordernde
Frau gestaltet, den Kampf mit dem mächtigen Oberst wagt. Ernst
Kaden spielt den Höfendorff, sehr gut Harry Hardt als Oberst

Gegen Mensurenunfug.

Polizeirazzia auf dem Pautboden. — 310 Studenten festgestellt.

In den „City-Festhällen“ in der Dresdener Straße 42/43 hatten
sich gestern über 300 Studenten der verschiedensten Berliner so-
genannten „schlagenden Verbindungen“ eingefunden, um im Laufe des
Tages eine Reihe von „Bestimmungs- und Säbelmensuren“ aus-
zutragen. Diesem verbotenen Stillstehen wurde durch die Polizei
ein unerwartetes Ende bereitet.

Die Polizei war von dritter Seite auf die Mensuren aufmerksam
gemacht worden. Gegen 12.30 Uhr setzte die polizeiliche Aktion ein.
Kriminalbeamte sowie Schupoamate besetzten die Ein- und Aus-
gänge der „City-Festhällen“ und drangen überraschend in das Lokal
ein. Hier bot sich den Beamten das Bild eines regelrechten Paut-
bodens: zu gleicher Zeit wurde an mehreren Stellen
gesocht. Insgesamt wurden über 300 Studenten angetroffen,
von denen natürlich der weitaus größte Teil als Zuschauer
fungierten. Alle Anwesenden wurden festgestellt; 272 Personen, die
sich an Ort und Stelle genügend legitimieren konnten, wurden gleich
wieder entlassen. 33 weitere Studenten dagegen, die nicht im Besitz
von Ausweisen waren, mußten zur Freude der inzwischen vor dem
Lokal angelangten Neugierigen den Weg nach dem nächsten
Polizeirevier antreten, wo die weiteren Maßnahmen erfolgten. Erst
gegen 14 Uhr war die Großrazzia beendet. Drei Studenten,
die man direkt bei der Mensur überrascht hatte, werden sich wegen
Beteiligung an der verbotenen Mensur, die bekanntlich nach dem
Strafgesetzbuch einen Zweikampf mit tödlichen Waffen darstellt, zu
verantworten haben. Von der Polizei ist ferner viel Pautmaterial,
Schläger, Säbel, Schutzkleidungen usw., beschlagnahmt worden.

Die Behörden haben sich wiederholt mit diesem Unfug befaßt:
es scheint aber, daß die Mensuren-Schlägerei in keiner
Weise abgeebbt ist. Dapon zeugen immer wieder die frisch zer-
hackten und verpfuschten Gesichter der täglich an der Berliner Uni-
versität und den Hochschulen ein- und ausgehenden Studenten. Man
geht kaum zu weit, wenn man behauptet, daß beinahe täglich in
Berlin Mensuren ausgetragen werden. Bei regelmäßigen Kontrollen
sollte sich dieser Unfug bedeutend eindämmen lassen.

Um den Universitäts-Ordnungsdienst.

Das Presseamt des Deutschen Studentenverbandes
teilt zu den Verhandlungen des Rektors der Berliner Universität mit
den Führern der Studentengruppen folgendes mit:
Die Erklärung des Rektors hat in einem Teil der Presse zu

völlig unrichtigen Kommentaren Anlaß gegeben. Es ist festzustellen,
daß die Verhandlungen über die Einrichtung eines studentischen
Ordnungsdienstes gechheit sind. Die Mitgliedsgruppen des
Deutschen Studentenverbandes haben bei den Verhandlungen den
Vorschlag auf paritätische Zusammensetzung des Ordnungsdienstes ge-
macht, den auch der Rektor als ideale Lösung bezeichnete. Die Ver-
treter der rechtsgerichteten Studentengruppen haben
jedoch diesen Vorschlag ebenso wie einen anderen, der auf eine Zu-
sammensetzung von ein Drittel Waffenringstudenten, ein Drittel
katholischen und ein Drittel freireligiösen Studenten hinausging, ab-
gelehnt, so daß der Rektor die Verhandlungen abbrechen mußte.
Weiterhin muß vor allem auf folgendes hingewiesen werden: Sicher-
lich hätten die Vorfälle an der Universität Berlin bei Vorhandensein
einer staatlich anerkannten Selbstverwaltung leichter vermieden
werden können bzw. eine der akademischen Würde entsprechende Be-
setzung gefunden. Wenn jedoch jetzt aus den Kreisen der nationalstii-
schen Studenten auf die Notwendigkeit einer staatlich anerkannten
Studentenschaft hingewiesen wird, so ist demgegenüber festzustellen,
daß von diesen Kreisen die staatliche Anerkennung im November 1927
durch ihre intransigente politische Haltung selbst aufgegeben worden
ist. Der Deutsche Studentenverband ist heute wie schon in
der ganzen Zeit seit 1927 bereit, führend an der Er-
neuerung der Studentenselbstverwaltung mit-
zuarbeiten. Voraussetzung für ein fruchtbares Arbeiten in der
Selbstverwaltung ist die staatliche Anerkennung, die aber von der
Studentenschaft nur beanprucht werden kann, wenn sie ihre politische
Stellung zur Republik dadurch beweist, daß sie das jederzeit ab-
gelehnte Studentenrecht der preussischen Staatsregierung, das allein
eine sachliche unpolitische Durchführung der Selbstverwaltung garan-
tiert, jetzt anerkennt.

Staatsanwalt gegen Freispruch der Polizeioffiziere.

Ein Mittagsblatt meldete gestern, daß der Staatsanwaltschafts-
rat Fischer gegen den Freispruch des Polizeihauptmanns Al-
dort und des Polizeiobersturms Rader im Prozeß wegen
Mißhandlungen auf dem Polizeirevier 82 Berufung eingelegt
habe. Dies eilt der Wirklichkeit voraus: Wie wir zuverlässig er-
fahren, beabsichtigt die Staatsanwaltschaft, Berufung einzulegen.
Die gleiche Absicht hat auch die Verteidigung des zu vier Monaten
Gefängnis verurteilten Polizeihauptwachmeisters Gertner. Der
Fall würde dann vor der Strafkammer erneut aufgerollt werden.

Versicherungsmord um 1000 M.

Die Schwiegermutter versichert und dann umgebracht.

Essen, 26. November.

Jugendblüchling steht vor dem Essener Schwurgericht der Stadt-
beder Gustav Paim, der sich wegen Mordes an seiner zukünftigen
Schwiegermutter zu verantworten hat.

Gustav Paim, ein schmaler, nervöser Mann mit angegrautem
Haar, stand schon lange nicht in bestem Ruf. Er war ursprünglich
Bergmann, dann wurde er Marktkontrollleur und schließlich Be-
richterstatter und Spitzel eines verächtlichen Sensationsblattes. Zu-
letzt war er arbeitslos und wurde von seiner Verlobten aus-
geschoben. Zwischen durch machte er dunkle Geschäfte als Rechtskonsulent in
Scheidungssachen. Den erforderlichen Ehebruch pflegte er gegen gute
Bezahlung selbst mit den in Frage kommenden Ehefrauen auszu-
führen. In der Verhandlung behauptet Paim, am Nordtag mit
seiner künftigen Schwiegermutter Streit gehabt zu haben, in
dessen Verlauf sie eine sehr gemeine Bemerkung gemacht habe. Er
wäre dadurch in eine sinnlose Wut gekommen, hätte einen herum-
liegenden Hammer ergriffen und der Frau vier tödliche
Schläge auf den Kopf verfehlt. Die Beweisaufnahme ergibt je-
doch ein völlig anderes Bild. Nach der Tat wurde nämlich eine
Versicherungspolice entdeckt, die von Agnes Kleine-
Lusthaus unterschrieben war, jedoch auf den Namen der Ermordeten
lautete. Im Sterbefalle der Frau Lusthaus sollten ihrer Tochter
Agnes danach tausend Mark ausgezahlt werden. Es steht jedoch
fest, daß die Ermordete nie das geringste von dieser Versicherung
gewußt hat. Man will nun Paim beweisen, daß er die furchtbare
Tat aus Ueberlegung begangen hat, um das Geld zu erhalten und
dann Agnes heiraten zu können.

Umanität, etwas daneben Oskar Sima als Erzherzog Salvator.
Das Publikum war ergriffen, entzündet. Der „Fall Redl“ gehört
in den Abendspielplan.

Keine Hilfe?

Roschreie aus Kellerlöchern. — Sollen wir verkommen?

Die Kellerbewohner des Hauses Alterstraße 81, deren trauriges
Los wir vor einigen Tagen schilderten, haben gar viele Leidens-
gefahren und immer, wenn die Tragik dieser „Höhlenbewohner“
wieder einmal öffentlich zur Sprache gekommen ist, hoffen all diese
Bedauernswerten auf Hilfe. Und es muß ihnen Hilfe werden in
ihren ständigen Gefängnissen! Alle gehören sie der Klasse jener
Allerärmsten an, die auf der untersten Sprosse der Elendsleiter
angelangt sind: arbeitslos, ausgesetzert, Wohlfahrtsempfänger mit
Frau und Kinderlegen. Verzagt, verbittert bis zum äußersten
hocken sie in ihren muffigen Kellerlöchern, abgesperrt von Luft und
Licht, körperlich und seelisch der Verelendung rettungslos preis-
gegeben. Dabei fehlt es meist an der allerprimitivsten Hygiene.
Da bewohnt beispielsweise im Hause Reußküll, Schinke-
straße 11, ein Ehepaar mit einem vier Wochen alten Kinde ein
solches „Kellerappartement“, und die Leute sind gezwungen, ihre
Notdurft im Zimmer zu verrichten und den Hof, auf den ihre
Fenster münden, als Ausgang zu benutzen. Aber dabei müssen wir
ja noch heissfroh sein, daß wir hier wohnen können, sonst bleibt
uns ja höchstens noch die „Palme“, meint der Mann, und angstmoll
sind die Augen der Mutter auf das Kleine gerichtet, das so jämmer-
lich quäht und schon so tröstlos in die so „schöne“ Welt blickt. . .

Kirchenaustritt. Die freireligiöse Gemeinde Berlin,
Pappelallee 13, hat am Freitag, dem 28. November, abends
von 6—8 Uhr, einen Kirchenaustrittsabend. Gegen Vorzeigung einer
Legitimation und einer Gebühr von 2 Mark kann dort der Kirchen-
austritt notariell vollzogen werden.

Am Schluß der heutigen Verhandlung wurde die Tochter der
Ermordeten vorgelesen und gefragt, ob sie sich mit dem Angeklagten
noch verlobt fühle. Sie antwortete auf diese Frage mit einem
lauten „Ja“. Ihre Aussage wird sie am zweiten Verhandlungstag
machen.

Schüsse auf die Braut.

Vor wenigen Tagen hat sich in der Schwerinstraße 15,
wie erst jetzt bekannt wird, eine Eifersuchtstragödie ab-
gespielt, die fast mit dem Tode einer 31jährigen Frau geendet hätte.
Der 26jährige Privatchauffeur Kurt M. war mit seiner Braut
Käte S. in Streit geraten und ließ sich hinreißen, mehrere
Schüsse auf die Unglückliche abzugeben. Eine Kugel traf das
Gesicht und trat an der linken Wange wieder heraus. In dem
Glauben, daß er seine Braut getötet habe, verließ der Täter
stuchend die Wohnung und schloß hinter sich ab, um eine Ent-
deckung der Tat möglichst lange hinauszuzögern. Nachdem die
Schwerkverletzte fast 24 Stunden bewußlos gelegen
hatte, kam sie wieder zu sich und rief, von Schmerzen und Durst
gepeinigt, um Hilfe. Nachbarn nahmen sich der Frau an und be-
nachrichtigten gleichzeitig das Polizeirevier. Die Verletzte wurde in
das Elisabethkrankenhaus gebracht, wo sie den Herzien den
wahren Tatbestand zunächst zu verheimlichen suchte. Als sich
die Geschwulst gelegt hatte, erkannte man jedoch den Schußkanal, und
auf die Vorhaltungen gab die Frau zu, daß ihr Bräutigam auf sie
geschossen habe. Der Täter ist am Mittwoch abend, als er von
einer längeren Fahrt zurückkehrte, festgenommen worden.

223 Erdbebenopfer in Japan.

Tokio, 26. November.

Die Zahl der Todesopfer des Erdbebens wird amt-
lich mit 223 angegeben. Zahlreiche Häuser sind
zerstört oder beschädigt.

Protestveranstaltung der Berliner Mieterchaft.

Auf Veranlassung des Bundes Berlin im Bunde Deutscher
Mietervereine e. B. (Ein Dresden) und des Neubau-
bundes Groß-Berlin e. B. findet am Sonntag, dem 30. No-
vember, vormittags 10½ Uhr, im großen Saal des Vohrer-
vereinshauses (Alexanderplatz), eine große öffentliche Protestver-
sammlung der Berliner Alt- und Neubaumieter statt. Gegenstand der
Veranstaltung bildet die Forderung nach Senkung der Mieten und
die geplante Wohnungspolitik der Reichsregierung. Es sprechen
u. a. Bundesvorsitzender Hermann, Dresden, Stadtrat Rugler, Kiel, Vorsitzender des Norddeutschen
Mieterverbandes und Vertreter der Parteien, Gewerkschaften usw.

Todesprung aus dem vierten Stock.

Gestern nachmittag stürzte sich die 28jährige Friederike Rettig
aus dem Fenster ihrer im vierten Stockwerk des Hauses
Bohringer Straße 34/35 gelegenen Wohnung auf die
Straße hinab. Mit schweren Verletzungen wurde die Lebens-
müde ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo sie bald
nach ihrer Einlieferung starb.

Autorenabend in der Sächsischen Jugendbühne Lichterberg. Am Mit-
woch, dem 3. Dezember, sollen die üblichen Abendveranstaltungen in der
Sächsischen Jugendbühne Lichterberg, Holtzstr. 7/9, aus. Dafür stellt der
Arbeiterklub Max Barthel aus eigenen Mitteln. Die gelangliche
Umrahmung der Veranstaltung hat das Ober-Kanz.-Carrelit übernommen,
am Jügel Musikdirektor Anshel. Zur Einführung in die Dichtung werden
unter anderem im Film Hamburger Hafenbilder gezeigt, die von dem Leiter
der Jugendbühne, Stadtmannmann Gieps, angenommen worden sind.
Die Veranstaltung beginnt um 8 Uhr.

Allgemeine Wetterlage.



Unter dem Einfluss einer schwachen südwestlichen Luftströmung ... am Mittwoch das Wetter in Deutschland mild und überwiegend ... Die Temperaturen betragen mittags überall mehr als 6 Grad, in Mittel- und Süddeutschland mehr als 11 Grad. In Baden wurden beinahe sogar 20 Grad Wärme erreicht. Besonders mild war es auch in den höheren Lagen der mitteldeutschen Gebirge. ... Die Wetterlage wird zur Zeit durch ein Tief über der nördlichen Nordsee und einem Hoch über Südosteuropa bestimmt. ...

Wetter für Berlin: Ziemlich mild und meist wolke ohne nennenswerte Niederschläge, kühlige Winde. ... Allgemein stark wolke Wetter, stellenweise noch etwas Regen. Temperaturen wenig verändert.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

11. Kreis Kreuzberg, Arbeitermobilität. Der Auszug führt am Freitag ... 17. Kreis Prenzlauer Berg, Bildungsanstalt. Donnerstag, 27. November, 19 1/2 Uhr. ... 20. Kreis Reinickendorf, Freitag, 28. November, 19 Uhr. ...

11. Kreis Kreuzberg, Arbeitermobilität. Der Auszug führt am Freitag ...

17. Kreis Prenzlauer Berg, Bildungsanstalt. Donnerstag, 27. November, 19 1/2 Uhr. ...

20. Kreis Reinickendorf, Freitag, 28. November, 19 Uhr. ...

Heute, Donnerstag, 27. November: ... Morgen, Freitag, 28. November: ...

Frauenveranstaltung. ... Bezirksausgang für Arbeiterwohlfahrt. ...

Oeffentliche Kundgebung!

Am Freitag, dem 28. November 1930 19 1/2 Uhr, im großen Saale der „Neuen Welt“, Hasenheide Reichstagsabgeordneter Genosse Karl Litke spricht über

Wider den Faschismus

Genossinnen und Genossen! Sorgt für Massenbesuch! Niemand darf fehlen! Die Veranstaltung wird umrahmt von Darbietungen des Reichsbanner-Orchesters Neukölln SPD, Neukölln-Britz, Kreuzberg und Tempelhof.

7. Kreis Charlottenburg. Wie bisher verlaufen Lesé, sowie die ...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Kreis Kreuzberg. Helfertreff. Wir betreiben uns an dem ...

Geburtstage, Jubiläen usw. 8. St. Unserem treuen Genossen Otto Kubold zu seinem 64. Geburtstag ...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

26. St. Unser Genosse Hugo Golbach ist verstorben. ...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin G. 14, Gedankstraße 17-23. ...

Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin. Geschäftsstelle: R. 24, G. Hamburger Str. 26. ...

Briefkasten der Redaktion.

H. D. Rein. — Präsidenten 1874. Zur Jubiläumfeierung ist die ...

Funkwinkel.

Rationalitäten werden auf der politischen Börse verschieden bewertet. Es gibt kleine und große, angelegene und verachtete, aber ein Mensch muß einer Rationalität angehören und sei es auch die winzigste oder anrüchigste. ...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind an das Jugendsekretariat Berlin G. 66, Lindenstraße 7 ...

Heute, Donnerstag, 27. November, 19 1/2 Uhr:

Kreuzberg, Kreis II: Heim Kalkbrenner Str. 18. Tagespolitische ...

26. St. Unser Genosse Hugo Golbach ist verstorben. ...

Der Werdegang der Seide.

Im Ausstellungsraum der Firma Michels, Leipziger Straße, gibt es in diesen Tagen die Entwicklung der reinen Seide, angefangen von der Seidenraupe bis zum fertigen Modestoff, zu sehen. ...

Mit dem Märchenofen (precauswärts) nimmt das „Winter“

die „Frühling“ seinen Weg, vollbedeckt mit großer Frucht kleiner Leute. ...

Im Dezember-Programm der „Gaza“ trägt die Direktion der Weihnacht

festung insofern Rechnung, als sie die bestmögliche ...

Das sind die Geschenke, die Sie brauchen!

Beachten Sie die seltenen Gelegenheiten, die wir heute anzeigen. Versäumen Sie nicht, rechtzeitig diese fabelhaft billigen Gelegenheitskäufe auszunutzen!

Donnerstag / Freitag / Sonnabend

Wintermäntel mit und ohne Pelz, sind in unermesslicher Auswahl am Lager. ...

Damen-Pullover 9: ... Herren-Pullover 10: ...

Bildschönes Kleid aus reich bedrucktem synthetischem Velvet, mit geschmackvoller Krage- und Aermel-Garnitur, modernem Faltenrock und Gürtel. ...

Besonders vorteilhafte Gelegenheit: Trainings-Anzüge aus Trikotstoff in allen Farben, für das Alter von 4 bis 14 Jahren, in drei Serien: 25. 5. 6. 1.

Prachtvolle Damen-Schirme mit wundervollen Streifen-Bezügen auf 16 teiligen Hohlgestellen mit aparten und schönen Griffen nur 7.

Praktische Weihnachtsgaben aus unserem großen Wäschelager: Damen-Nachthemden mit Krage u. reicher Stickerei nur 3.75 ...

KÖNIG-STR. 22-26 Das Haus für grosse Weiten

Keine Frachtsenkung.

Der Verwaltungsrat will nicht / Und die Reichsregierung?

Generaldirektor Dornmüller hat, wie wir gestern schon kurz meldeten, sich in der am 24. und 25. November in Berlin abgehaltenen Verwaltungsratsitzung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem allgemeinen Verlangen nach einer Frachtsenkung durchgesetzt; auch der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat für die Forderung der Frachtsenkung nur die kalte Schulter. Der Verwaltungsrat erklärt, daß eine allgemeine Tarifermäßigung jetzt nicht möglich sei; sie hätte so scharfe Droffsetzungen bei den notwendigen Materialbeschaffungen und Bauausführungen zur Folge, wie sie weder vom Standpunkt der Betriebssicherheit noch von dem der Befähigung der Arbeitslosigkeit tragbar seien.

Der Verwaltungsrat setzt sich also im Gegensatz zu dem vom Reichskabinett und insbesondere auch vom preussischen Handelsministerium angestrebten Bemühungen, gerade durch eine Frachtsenkung die Selbstkosten in der Wirtschaft zu verringern und damit einen Anstoß zu neuen Preissenkungen zu geben. Auch der Verwaltungsrat lehnt die insbesondere von Preußen geförderte Senkung der Frachten für den ganzen Kohlenverband, für Erze, Baustoffe und Düngemittel, die tatsächlich sehr zu Buche schlagen, ab und beruft sich darauf, daß ja der Kohlentarif in den besprochenen Gebieten bereits wesentlich herabgesetzt worden sei.

Die auf die Verbilligung der Lebenshaltung auch durch Frachtsenkung wirkenden breiten Massen werden mit der Ankündigung abgesperrt, daß die Reichsbahn zur Zeit die Möglichkeit von Frachtsenkungen bei Waren der unmittelbaren Lebenshaltung „prüfe“. Mit Unrecht wird wieder einmal betont, daß die Frachten für die Kleinhandelspreise unwichtig sind, eine völlig abwegige Behauptung, denn die Summierung der Frachtkosten auf dem Wege vom Erzeuger bis zum Verbraucher und die darauf aufgebaute prozentuale Spannenberechnung ergibt aus der Frachtsenkung sehr beträchtliche Möglichkeiten zur Senkung der Kleinhandelspreise. Natürlich beruft sich auch der Verwaltungsrat auf die berühmte Mindereinnahme von 700 Millionen Mark aus dem laufenden Jahr; er geht aber leicht darüber hinweg, daß der tatsächliche Ausfall durch die eingetretene Ausgabenreduzierung nur etwa 250 Millionen Mark beträgt und daß auch diese Viertelmilliarde nach dem Defizit zur Folge zu haben braucht, wenn die vom Reich der Reichsbahn erlassenen Forderungen angeteilt und einige Referaten mit herangezogen werden.

Interessant sind Mitteilungen über die beim Vorstand der Reichsbahn durchgeführten Gehaltsstürzungen, interessant wegen der Umstände, die leider wieder verschwiegen werden. Danach haben die Mitglieder des Vorstandes der Reichsbahn dem Verwaltungsrat gegenüber auf 20 Proz. ihrer gesamten Bezüge verzichtet. Ebenso hat der Verwaltungsrat beschlossen, die Dienstauswandsentschädigungen vom 1. Januar 1931 ab um 20 Proz. herabzusetzen. Die Öffentlichkeit hätte hier sehr gerne entsprechend den mehrfachen Anträgen der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag die absoluten Ziffern kennen gelernt, um die es sich bei diesen Bezügen und Kürzungen handelt. Diese Zahlen werden aber wieder verschwiegen. Ebenso scheint auch alles bei den Leistungsprämien unverändert zu bleiben.

Bei dieser rein finanztechnischen und absolut unfaufmännischen Haltung der Reichsbahn in der Frachtsenkungsfrage darf es unter keinen Umständen bleiben. Der Druck muß noch verstärkt werden. Auch die Reichsbahn macht keine schlechte, sondern nur verlässliche Politik, wenn sie in der Krise auf Steigerung des Umsatzes bei kleineren Ueberschüssen hinarbeitet, und nicht auf gleichbleibende Ueberschüsse und schließlich ganz verschwindende Ueberschüsse bei sinkendem Umsatz.

Septemberwahlen und Banken.

Starke Droffsetzung des Bankgeschäfts durch den Razierfolg.

Die von der Reichsbank veröffentlichte monatliche Bankensicht zum 30. Oktober zeigt die starke Erhellung, die der Ausgang der Septemberwahlen auch bei den deutschen Privatbanken hervorgerufen hat. Der Geschäftsumsatz ist viel stärker gesunken als in den früheren Monaten. Bei den Berliner Großbanken gingen die fremden Gelder von 11 672 auf 11 092 Millionen Mark zurück; also noch erheblich stärker als in den 14 Tagen nach den Wahlen bis Septemberabschluss. Bei der Anlage dieser Gelder zeigen sich fast auf der ganzen Linie ebenfalls Rückgänge. Die Wechselbestände sanken von 2654 auf 2390, ein seit Jahren nicht mehr verzeichneter Tiefstand, die Guthaben bei anderen Banken von 1096 auf 984, die auf laufendem Konto gewährten Kredite gingen von 6369 auf 6250 Millionen Mark zurück, und bei den als Börsenkredite angelegenen Geldern zeigte sich ein neuer Rückgang von 430 auf 390 Millionen Mark. Nur die auf lagernde und schwimmende Waren gewährten Kredite konnten sich von 1828 auf 1949 Millionen Mark erhöhen, ein Vorgang, der mit der erfreulicherweise sich fortsetzenden Erweiterung des Außenhandels allein zu erklären ist.

Die Kreditorensumme (Fremdengelder) der Großbanken lag Ende Oktober um rund 1,2 Milliarden unter dem Stand von Ende Juni, was innerhalb vier Monaten einen Rückgang um rund 10 Proz. bedeutet. Bei der Gesamtheit der 91 Kreditbanken ergab sich für Ende September bis Ende Oktober das gleiche Bild; auch hier ein Absinken der fremden Gelder von 14 203 auf 13 551 Millionen. Seit Ende Oktober hat sich mit dem wieder erstarkenden Vertrauen wieder eine Besserung, d. h. ein neuer Zustuß ausländischer Forderungen und inländischer Einlagen durchgesetzt, der allerdings nicht entfernt die Rückgänge seit Juni aufwiegt.

Ausländischer Millionauftrag für die Bauindustrie. Die österr. Lohrergesellschaft des Bauunternehmens Philipp Holzmann L. G. in Frankfurt a. M. hat von der Regierung gegen scharfe ausländische Konkurrenz den Auftrag zum Bau eines Bauhauses am Leoncagno-Ruß erhalten. Der Wert des Auftrages stellt sich auf 25 Millionen österr. Schilling oder 12,5 Millionen Mark.

Agrarpolitik im Osten.

Neue Erhebungen. — Bauer und Agrarier. — Kampf um die Siedlung.

Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse (Preußentasse) hat eine neue Verschuldungserhebung für die 6 östlichen Provinzen durchgeführt. Leider wird das Ergebnis erst jetzt der Öffentlichkeit vorgelegt, nachdem die Regierung bereits vor ungefähr einem halben Jahr davon Kenntnis genommen hat.

Nach der Erhebung ergibt sich eine neue Zunahme der höchstverschuldeten Betriebe,

deren Sanierung im allgemeinen ohne erhebliche Gläubigerverluste, Betriebsumstellung und staatliche Hilfe nicht möglich ist. Im Wirtschaftsjahr 1928/29 sind nach den Erhebungen 2,7 Prozent aller Eigenbetriebe und rund 12,3 Prozent aller Pachtbetriebe über 100 Hektar in den 6 östlichen Provinzen in diese kritische Lage gekommen. Weitere Untersuchungen bei 3400 vergleichbaren Betrieben führten zu dem Ergebnis, daß innerhalb der Gruppe der höchstverschuldeten Betriebe (fast nur Großbetriebe) von Ende Juni 1928 bis Ende Juni 1929 75 bis 80 Prozent ihre Schuldenlast noch vergrößerten, während nur 20 bis 25 Prozent in der Lage waren, ihre Schuldenlast zu verringern. Diese Erkenntnis rechtfertigt aber voll den Grundsatz der Döhlgesetzgebung, bei der staatlichen Hilfeleistung individuell zu verfahren. Nicht mehr überraschend, aber doch von hoher Bedeutung ist die Feststellung, daß die

der bäuerlichen Betriebe wesentlich besser

ist als die der Großbetriebe, was sich aus dem Anteil der Betriebsgrößenklassen an den Zwangsversteigerungen ergibt. Auf je 1000 Güter bis 5 Hektar kamen 1929 = 0,15 (1928 = 0,15) Zwangsversteigerungen; auf die Klasse von 5 bis 20 Hektar = 0,95 (0,58); auf die Klasse von 20 bis 100 Hektar = 3,56 (1,98); auf die Klasse über 100 Hektar aber 13,47 (7,31) Zwangsversteigerungen.

Ganz außerordentlich interessant sind aber ergebende Untersuchungen über die Erlösanteile des Feldbaues und der Viehhaltung in den Großbetrieben über 100 Hektar in den 6 östlichen Provinzen. In der Agrarpolitik der Vorkriegszeit und der 12 Jahre seit 1918, ganz besonders aber der der beiden letzten Jahre, stand die Getreide- und Roggenpolitik unter Vernachlässigung der Verebelungspolitik absolut beherrschend im Vordergrund. Am aber zeigten die Erhebungen der Preußentasse, daß

auch im ganzen Osten beispielsweise die Roggennennahmen nur einen lächerlich kleinen Bruchteil der Gesamteinnahmen selbst der Großbetriebe ausmachen:

in Ostpreußen nur etwa 12 Prozent, in der Grenzmark 14 bis 17 Prozent, in Pommern 11 bis 13 Prozent, in Mecklenburg ebenfalls nur 11 bis 13 Prozent, in Brandenburg 13 bis 15 Prozent und in Niederschlesien sogar nur 8 bis 11 Prozent. Dagegen liegen die Gesamteinnahmen aus der Viehhaltung sogar in der Provinz Ostpreußen zwischen 44 bis 56 Prozent.

Diese Einblicke werden aber auch in die Bedeutung der Branntweinsteuereinnahmen durch die Erhebungen vermittelt. Es ergibt sich die ganz überraschende Tatsache, daß vor allem in den größten Betrieben über 500 Hektar die Einnahmen aus dem Brennrecht allein die Roggennennahmen beträchtlich übersteigen: Sie machen in Ostpreußen 17 Prozent, in der Grenzmark 22 Prozent, in Pommern 10 Prozent, in Brandenburg 13 Prozent und in Niederschlesien 17 Prozent der Gesamteinnahmen der 256 untersuchten Großbetriebe über 500 Hektar aus. Man braucht sich also nicht zu wundern, daß die Branntweinpolitik mit ihren Liebesgaben bei den Großgrundbesitzern eine solche Rolle spielt.

In ihren Schlussfolgerungen kommt die Preußentasse

zu dem Ergebnis, daß gegen die Störungen der landwirtschaftlichen Waren- und Gütermärkte, die von den überschuldeten und versalkenden Großbetrieben ausgehen, eine Aufnahmeorganisation notwendig ist, die diesen nicht lebensfähigen Teil der Großlandwirtschaft einschließen der bäuerlichen Siedlung zuführt.

Von der Agrarkrise zur Krise der Agrarpolitik.

Bar Presse- und Regierungserretoren hat Präsident Dr. Klepper von der Preußentasse zu den Erhebungen seines Instituts einen agrarpolitischen Vortrag gehalten, der zum Mittelpunkt einer hochinteressanten Diskussion der Ost- und Siedlungsprobleme wurde. Für den Osten liege, so führte Dr. Klepper aus, ein Erfolg für den bisherigen agrarpolitischen Aufwand noch nicht vor. Die bisherige deutsche Ost- und Agrarpolitik, den berufsständischen Forderungen der Landwirtschaft systemlos einfach mehr oder weniger zu folgen und in der handelspolitischen Grundlinie zugunsten der Agrarier auch nur Konservation zu verfahren, führe mit Notwendigkeit aus der Agrarkrise zu einer Krise der Agrarpolitik selbst. Da auf lange Dauer ein Teil des deutschen Ernährungsbedarfs aus dem Ausland kommen müsse, trotz des großen Bandels in der Volksernährung aber die Struktur der Agrarpolitik unverändert geblieben sei, müsse eine Umstellung der Agrarpolitik auf diejenigen von der Nachfrage bevorzugten Waren erfolgen, in denen noch eine Gewinnmarge stecke.

Dennoch scheine die ganze Kraft der deutschen Agrarpolitik heute noch auf die nichtgefragten Lebensmittel gerichtet zu sein, in denen kein Gewinn mehr stecke. Dabei sei festzustellen, daß die Hauptprodukte der Großbetriebe im Markte schlecht, die Hauptprodukte der bäuerlichen Betriebe dagegen im Markte gut lägen. Auch im Osten zeige sich der bäuerliche Betrieb wesentlich krisen- und lebenskräftiger; es sei bemerkenswert, wie gerade die stark belasteten Siedlerbetriebe auch im Osten ihre Lebensfähigkeit bewiesen. Es sei richtig, daß das Ostprogramm nur die lebensfähigen Betriebe noch fördern müsse, aber für die nicht lebensfähigen Betriebe, die der Herd der Krankheit mit stark infizierenden Wirkungen seien, sei seit drei Jahren nichts geschehen. Gegen das auch jetzt wieder festgestellte neue Anwachsen der nicht lebensfähigen Betriebe könne nur eine starke bäuerliche Siedlung helfen. Der Entschluß zu einer Entscheidung, d. h. zur Schaffung einer staatlichen Aufnahmeorganisation sei dringender als je.

Der Reichskommissar der Osthilfe, Ministerialdirektor Bachmann vom Reichsernährungsministerium, mußte das bemerkenswerte Zugeständnis machen (Herrn Schiele wird es kaum willkommen sein), daß einem großen Teil der Großbetriebe nicht mehr zu helfen und die Aufnahmeorganisation das Problem der nächsten Jahre sei. Wohlfahrtsminister Hirtzfelder (Preußentasse) betonte, daß um jeden Preis Menschen in den Osten gebracht werden müssen und daß die Körneranbaufläche im ganzen Reich zugunsten der Getreideproduktion verringert werden müsse, was ja auch wieder dem Osten zugute komme. Vöble von der Deutschen Bauernschaft trat dem Siedlungs- und Agraroptimismus Bachmanns entgegen und wies darauf hin, daß die bäuerliche Siedlung immer eine 50- bis 100prozentige Verstärkung der Menschenkräfte mit sich bringe. Professor Brandt von der Landwirtschaftlichen Hochschule endlich wies darauf hin, daß sich in Deutschland 2 1/2 Millionen bäuerliche Betriebe in der Krise ausgezehrt schlagen, obwohl seit 100 Jahren nichts für sie geschehen sei und daß es den Großbetrieben, in die man Subventionen nur so hineingeschüttet habe, trotzdem schlecht gehe.

Katastrophopolitik der Eisenherren

Es wird gemeldet, daß erst für die zweite Dezemberwoche eine Mitgliederversammlung der Deutschen Kohlenbergwerksgemeinschaft und der Bergwerksverbände vorgezogen ist, so daß also erst zu diesem späten Termin irgend etwas in der Frage der neuen Eisenpreissenkung erfolgen kann. Es kann sogar noch länger dauern; denn man soll an der Ruhr entschlossen sein, selbst wenn in dieser Versammlung Uebereinstimmung über das Ausmaß der Eisenpreissenkung erzielt würde, mit deren Infragestellung solange zu warten, bis das Ergebnis der Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau vorliegt. Damit entsteht die Möglichkeit, daß unter Umständen bis Weihnachten und bis Jahresabschluss mit der neuen, so dringend notwendigen Senkung der Eisenpreise gewartet wird.

Eine derartige Verzögerung einer im gesamtwirtschaftlichen und im Interesse der Eisenindustrie selbst so dringend notwendigen Maßnahme wie die Senkung der Eisenpreise wäre geradezu katastrophal. Es würde hier das Prinzip verwirklicht werden, daß wieder einmal eine Lohnsenkung per Kasse veranlaßt wird, die Preisentlastung aber auf Termin verschoben wird. Die Senkung der Kohlenpreise ist am 1. Dezember durchgeführt. Sie ist also auch für einen großen Teil der Eisenindustrie schon ab 1. Dezember wirksam und bringt entsprechende Ersparnisse. Es ist unverantwortlich, der Erfüllung volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten, die sich nach der Marktlage schon längst vor selbst verstanden hätten, lohnpolitische Entscheidungen, die die Parteien nach ihren Machterebalancen miteinander auszuhandeln haben, als Bedingung voranzustellen. Der Krebschaden der monopolistischen Kartellpolitik in Deutschland, daß man der Sicherung der Rente die willkürliche Gestaltung auch des Lohnes als Kostenfaktor glaubt unterordnen zu können, macht sich hier wieder bemerkbar.

Alles läßt darauf schließen — auch die merkwürdige vorübergehende Besserung der ausländischen Eisenpreise, die von Deutschland aus manipuliert zu sein scheint, deutet darauf hin —, daß die Ruhrherren im Kampfe um die Senkung der Eisenpreise den Bemühungen des Reichswirtschaftsministeriums den allerjährlsten Widerstand entgegenzusetzen. Diesen gefährlichen Methoden muß die Reichsregierung, die sich schon bisher den Ruhrherren gegenüber als viel zu schwach gezeigt hat, mit der Anwendung aller ihrer politischen Mittel begegnen. Die Anpassung der deutschen Inlandpreise an das Weltmarktniveau,

den Zoll eingerechnet, ist von entscheidender Bedeutung von jedem weiteren Erfolg der Preisentlastung. Für diesen ist es, da der Winter da ist, auch staatspolitisch fünf Minuten vor 12. Ein Zögern darf es hier für die Reichsregierung nicht mehr geben.

Verlust bei Schwarzkopff.

Starker Rückgang des Beschäftigungsgrades.

Die Berliner Maschinenbau-Akt.Ges. vom 2. Schwarzkopff schließt ihr am 30. Juni beendetes Geschäftsjahr 1929/30 mit einem Verlust von 1,31 Millionen ab. Da Schwarzkopff sehr hohe Reserven besitzt, wird der Verlust aus dem Referatsfonds getilgt, der trotzdem mit rund 6 Millionen aus 37,5 Proz. des Kapitals ausmacht.

Die Verluste bei Schwarzkopff betreffen ebenso wie Henckels-Kassel, dessen Unterbilanz noch weit größer war, auf der besonders schweren Krise im Lokomotivbau. Zwar war bei Schwarzkopff der Umsatz im letzten Geschäftsjahr durch Aufarbeitung aller Aufträge höher als 1928/29, aber es sind wohl speziell bei ausländischen Lokomotivaufträgen größere Verluste entstanden. Seit Ende 1929 ist auch in den anderen Abteilungen, dem sehr leistungsfähigen Flaschenmaschinen- und Druckmaschinenbau, der Auftragsengang stark zurückgegangen. Inoghamt belief sich der Auftragsengang 1929/30 auf nur etwa zwei Drittel des vorjährigen, so daß weitere Entlassungen erfolgen mußten. Wie sehr das Infand bei der Auftragsübergabe verlagte, geht daraus hervor, daß 57 Proz. des gesamten Umsatzes nach dem Ausland geliefert wurden. An den Verhandlungen mit der Reichsbahn ist Schwarzkopff stark interessiert, jedoch ist der Dreijahresplan für Lokomotivaufträge noch nicht abgeschlossen.

In der Bilanz stehen noch Abzug von 0,88 gegen 0,98 Millionen Mark Abschreibungen Grundstücke mit 3,45 Millionen, Gebäude mit 6,6 Millionen und Maschinen mit 2,7 Millionen Mark zu Buche. Die niedrige Bewertung des Grundstücks- und Gebäudebestandes sowie die starke Unterbewertung des Maschinenparks zeigt, daß das Unternehmen neben den schon aufzugeschriebenen hohen offenen Reserven noch über sehr starke inwertsicheren Reserven verfügt.

